

Staatskrise, Ethnizität und Ressourcenkonflikte in Guinea-Bissau

Augel, Johannes

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Augel, J. (1998). *Staatskrise, Ethnizität und Ressourcenkonflikte in Guinea-Bissau*. (Working Paper / Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie, 309). Bielefeld: Universität Bielefeld, Fak. für Soziologie, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-422651>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Universität Bielefeld
Fakultät für Soziologie

Forschungsschwerpunkt
Entwicklungssoziologie



University of Bielefeld
Faculty of Sociology

Sociology of Development
Research Centre

Universität Bielefeld - Postfach 100 131 - 33501 Bielefeld - Germany -
Tel.(0521)106-4650/4221 - Fax (0521)106-2980 - E-Mail: sdrc@post.uni-bielefeld.de - <http://www.uni-bielefeld.de/sdrc/homesdrc>

WORKING PAPER N° 309

Staatskrise, Ethnizität und Ressourcenkonflikte in Guinea-Bissau

Johannes Augel

Bielefeld 1998
ISSN 0936-3408

Staatskrise, Ethnizität und Ressourcenkonflikte in Guinea-Bissau¹

Johannes Augel

Nach einer einleitenden Darstellung einiger Aspekte des seit dem 7. Juni 1998 in Guinea-Bissau bestehenden Kriegszustands greift der nachstehende Beitrag zwei der Staats- und Gesellschaftskrise zugrundeliegende Problembereiche auf: die Frage der Ethnizität und die der natürlichen Ressourcen. Beide sind Teil der Diskussion aller afrikanischen Krisen. Schien Guinea-Bissau bisher - trotz seines extrem niedrigen Entwicklungsstands - eine vorwiegend friedliche Insel in den Turbulenzen des Kontinents, bedeutet der seit dem Juni 1998 bestehende Kriegszustand das Ende der von der Staatspartei PAIGC (*Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde*) geprägten Periode, ohne daß sich Zukunftsperspektiven erkennen lassen.

I. Einleitung: Schlaglichter des Zusammenbruchs

Fünfundzwanzig Jahre nach Erklärung der Unabhängigkeit Guineas-Bissaus sitzen senegalesische Soldaten im Innenhof des nationalen Forschungsinstituts INEP und kochen ihren Tee auf einem kleinen Feuer aus braun-grauen Blättern des Nationalarchivs. Hunderte Tonkassetten mit Interviews aus dem Befreiungskrieg tauchen auf dem Schwarzmarkt auf. Die Zeitzeugenberichte der Kämpfer und Politiker sind mit kratzendem westafrikanischem Pop überspielt. Im Nebengebäude hat eine Granate ein großes Loch ins Dach gerissen: Die in Afrika einmaligen Bestände der bedeutenden Bibliothek schwimmen im Wasser. Das Büchermagazin im Kellergeschoß wird bald vom tropischen Platzregen vollgelaufen sein. Computer wurden

¹ Es handelt sich um drei ursprünglich getrennt geschriebene Teile, deren Integration ich hier nicht versuche. Auch der journalistische Stil der Einleitung und die Form des mündlichen Vortrags der beiden anderen Teile wurden weitgehend beibehalten. Auszüge aus dem ersten Teil wurden veröffentlicht in der Frankfurter Rundschau vom 2. November 1998 unter dem Titel "Die Entsorgung der Helden". Der Autor war von 1992 bis 1996 Mitarbeiter des nationalen Forschungsinstituts INEP (mit Unterstützung durch *Dienste in Übersee*).

gestohlen, Geräte auf die Straße geworfen. Systematische Vernichtung des Kulturguts eines Landes durch Soldaten seines Nachbarlands².

Das Drama spielt weitgehend unter Ausschluß der Weltöffentlichkeit. Als am 7. Juni 1998, früh am Sonntagmorgen, die ersten Schüsse fielen und einige Offiziere und hohe Regierungsbeamte starben, versicherte die französische Botschaft auch den wenigen Deutschen im Lande, die Revolte werde in drei Tagen beigelegt sein³. *Business as usual* für einen Ende 1994 demokratisch und unter UNO-Aufsicht gewählten Präsidenten, der im antikolonialen Befreiungskrieg gekämpft, sich 1980 an die Macht geputscht hatte und seitdem hin und wieder seine innerparteilichen Gegner durch inszenierte angebliche Staatsstreichversuche aus dem Weg räumen ließ. In achtzehn Jahren konnte João Bernardo ("Nino") Vieira seine Position so festigen, daß weder seine Partei PAIGC noch die Regierung noch die demokratische Fassade der Liberalisierung und des Mehrparteiensystems und erst recht nicht die Hunderte Entwicklungsagenturen und im Land tätigen UN-Organisationen seine faktische Alleinherrschaft in Frage stellen konnten.

Im Gegenteil: Es war gerade die Entwicklungshilfe, die die herrschende Clique alimentierte. An ihrer Spitze stand und steht Präsident "Nino", ohne den im Lande nichts läuft. Wenn dreißig Meter von einem Polizeiposten sich unversteuerte Zigaretten auf den Verkaufstischen türmen, wenn Stellen des Finanzministeriums keine Quittungen für Gebühren und Abgaben ausstellen, wenn ohne Lizenzen in guineischen Hoheitsgewässern wildernde ausländische Fangschiffe auch dann unbehelligt bleiben, wenn sie von nationalen Patrouillebooten eher ausnahmsweise und zufällig erwischt werden, dann glaubt der staunende Beobachter, einen Zipfel vom endlosen Knäuel der Korruption zu erwischen. Am Ende aller Fäden aber sitzt, so die allgemeine Überzeugung und seit einigen Jahren auch die sehr schwache örtliche Presse, ein Minister oder sonst einer der Größen der Regierung. Selbst bei lächerlich geringen Gehältern von zwischen hundert und zweihundert Dollars im Monat haben die Herrschenden einen aufwendigen Lebensstil und konnten beträchtliche Vermögen ansammeln.

² Die Leitung des INEP verbreitete einen S.O.S.-Aufruf vom 12. September 1998; s. hierzu auch einen Artikel von Idrissa Embalo in der TAZ, Berlin, 30.10.1998.

³ Vgl. z. B. Lars Rudebeck in: Review of African Political Economy, Briefing, 24 June, 1998

So auch die Militärs, jedenfalls die leitenden. Die Verlockungen des Waffenhandels mögen besonders groß sein, wenn in unmittelbarer Nachbarschaft, im Süden Senegals, die Unabhängigkeitsbewegung der Casamance (*Movimento das Forças Democráticas de Casamansa - MFDC*) seit 15 Jahren dankbare und sichere Abnahme garantiert. Hin und wieder flog dann ein Waffengeschäft auf. Als aber im Januar dieses Jahres "Nino" Vieira seinen Generalstabschef Ansumane Mané vom Dienst suspendierte, kündigte dieser öffentlich an, er werde das nicht auf sich sitzen lassen. Er wies nach "oben" für die eventuelle Suche nach den Drahtziehern solcher Geschäfte. Und als Mané am besagten Sonntagmorgen losschlug, hatte er fast die gesamten Streitkräfte und deren Waffenarsenal auf seiner Seite.

Die weiteren Stationen gehen über die Unterzeichnung eines Waffenstillstands am 26. Juli (unter Vermittlung des Verbands portugiesischsprachiger Länder CPLP; ratifiziert am 26.8. in Kap Verde), ein in Abidjan am 13.-15. September unter Vermittlung der CPLP und der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten CEDEAO vereinbartes vorläufiges Abkommen der Kriegs-parteien und führten zu den bis heute, Ende Oktober 98, blockierten Friedensverhandlungen.

Guinea-Bissau ist seit fünf Monaten ohne Flugverbindung, ohne Post und Banken, ohne Schulen, ohne Verwaltung, ohne Regierung. Entscheidende Teile der Hauptstadt (z. B. der Flughafen und alle Straßen und Verbindungen ins Landesinnere) und die größten Teile des Landes sind in der Hand der Aufständischen. Ganze vier Monate funktionierte kein Telefon, weder innerhalb des Landes noch nach außen. Man spricht von bisher 2000 Opfern; portugiesische Zeitungen sprechen von bis zu 5000 Toten. Bischof Settimio Ferrazzetti beklagte in der ersten Phase des Kriegs, daß sogar die Toten unbeerdigt blieben.

Umfangreiche Zerstörungen in der Hauptstadt Bissau. Evakuierung von fast 6000 Ausländern, zum allergrößten Teil Portugiesen. Flucht von mehr als 250.000 Menschen in die Kleinstädte des Umlands und ins übrige Landesinnere, zu Verwandten, in die Missionsstation von Antula N'Dame und das Leprakrankenhaus eines italienischen Ordens in Cumura, nach Prabís, Canchungo und Cacheu im Norden, nach Bafatá, Mansoa und Gabu im Osten, zu den Bijagós-Inseln. Die Hauptstadt wurde zur Geisterstadt, mit noch 10-15% ihrer 280000 bis 300000

Einwohner. Soldaten beider Lager und sonstige Plünderer machen sich über alles her, was sie erbeuten können.

Wer von den Einheimischen die Möglichkeit hatte und es sich leisten konnte, floh nach Portugal (mehr als 2000), Dakar (625 wurden registriert), Kapverde (432), in die südlich angrenzende Republik Guinea (Hauptstadt Conakry; mindestens 3000), Gambia (333 Registrierte). Ein Viertel der Bevölkerung Flüchtlinge im eigenen Land. Im Kleinstädtchen Cacheu an der Nordgrenze werden nach der ersten Fluchtwelle 73000 Flüchtlinge registriert, in Bafatá 72749, in Gabu 30.979; Prabis, ein Dorf im Westen von Bissau, soll auf 100.000 Menschen angeschwollen sein und den bisherigen Handel der Hauptstadt weitgehend auf sich konzentrieren.

Und trotz allem: Das Volk, die Menschen in den Dörfern leiden zwar unter dem plötzlichen Ansturm der Städter, aber das Leben geht weiter, Säen, Ernten, zum Glück eine relativ gute Ernte nach ausgiebigen Regenfällen. In einem der ärmsten Länder der Erde lebte das Volk ohnehin nicht, wie in der Hauptstadt, von, sondern trotz der Regierung. Große Versorgungs- und Gesundheitsprobleme bestehen in den von den Flüchtlingen aus Bissau besonders betroffenen Gebieten. Wer bisher schon mit zehn und mehr Personen im Haushalt lebte, nimmt noch weitere 10, 20 und mehr auf. Auch die Stadtbevölkerung muß nun die Felder bestellen und sich selber versorgen. Die Überlebensfähigkeit der Armen ist enorm.

Jedenfalls bisher. Die Bevölkerung kennt den Hunger. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 42 Jahre. Seit dem Ausbruch des Kriegs gehört das Sterben noch viel mehr als bisher zum Alltag. Von der Regierung und den Behörden kann selbst in normalen Zeiten niemand Hilfe erwarten. Vor allem Kleinkinder leiden unter Infektionskrankheiten. Da die meisten Menschen beim Beginn des Granatenbeschusses nur zu Fuß aus Bissau fliehen konnten, konzentrieren sich die Flüchtlinge besonders besonders im Umkreis von Bissau, wo selbst die minimalsten Lebensbedingungen fehlen.

Die Angaben über Auswirkungen des Kriegs außerhalb Bissaus gehen weit auseinander. Die Lebensbedingungen sind in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden. Vor allem in den

überfüllten Kleinstädten und Dörfern im Umkreis von Bissau werden die Verhältnisse der Flüchtlinge immer katastrophaler. Caritas International schickte Hilfsgüter und einen Beobachter und Koordinator. Die Europäische Union stellte eine Million Ecu zur Verfügung. Dutzende ausländische Organisationen sind im Lande. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen, das Rote Kreuz und viele portugiesische Organisationen helfen. Koordinations-schwierigkeiten, Überversorgung bei gleichzeitigem Fehlen grundlegender Dinge. Massen unsinniger Medikamente bei gleich-zeitig völligem Mangel an Vorsorge gegen Seuchen. Senegal versucht die Grenze so dicht wie möglich zu halten und blockierte wochenlang jede Hilfslieferung und macht auch heute noch alle erdenklichen Schwierigkeiten.

Senegal als regionale Hegemonialmacht?

Für Senegal bot der Krieg die günstige Gelegenheit, das Land zu besetzen. Der Präsident Vieira berief sich auf ein Abkommen zur gegenseitigen Hilfeleistung von 1975 und rief die Armee des nördlichen Nachbarn zur Hilfe. Jetzt kann Senegal die Befrei-ungsarmee der Casamance in die Zange nehmen und von zwei Fronten her bekämpfen, jetzt besteht die Chance, den Norden des Nachbar-landes zu kontrollieren, wo die Rebellen stets Unterkunft bei ihren Verwandten fanden.

Der senegalesische Botschafter in Bonn, General Mohamadou Keita, erklärt seine Regierung für nicht zuständig für Probleme wie die Besetzung des Forschungsinstituts INEP durch die Soldaten und die Zerstörung unersetzlicher Kulturgüter; es sei ja der guineische Präsident gewesen, der sie rief, an den solle man sich doch wenden. Der aber braucht die Besatzer, um sich gegen das eigene Volk und 95% seiner Streitkräfte zu wehren. Und wenn ihm alle vorwerfen, er handele gegen die Verfassung, so beruft er sich auf die auch international als frei anerkannten Wahlen. Es tauchten Pläne zur Einrichtung einer 20-30 Km breiten Si-cherheitszone an der Nordgrenze Guinea-Bissaus auf. Das Land riskiert, nach seiner militärischen auch seine politische Selbständigkeit zu verlieren.

Seit dem von einer Verhandlungskommission portugiesisch-sprachiger Länder (CPLP) vermittelten Waffenstillstand (26. 7.) ist das Land gelähmt. Am 29. und 30. September trafen sich etwa vierzig Vertreter guineischer und europäischer Organisationen zu Beratungen in Paris. Weitere Treffen der politischen und zivilen Opposition in Dakar, Brüssel und natürlich in Lissabon, der Hauptstadt des Exils. Bischof Settimio Ferrazzetta und moslemische Geistliche versuchen zu vermitteln und sind in ständigem Kontakt mit beiden Kriegsparteien. Im Oktober gab es mehrere Demonstrationen in Bissau, ein im Land bisher nicht gekanntes Phänomen. Das Volk verlangt den Frieden. Das gewählte Parlament berät in einer Rumpfbesetzung, anscheinend ohne sich bei den Konfliktparteien Gehör verschaffen zu können. Die Oppositionsparteien verfassen Erklärungen und stellen For-derungen und versuchen seit Monaten, am Friedensprozeß beteiligt zu werden.

Gibt es Auswege aus der Krise? Am 9. Oktober brachen nach langer Feuerpause wieder Schießereien aus, die am 18. 10. erreichten sie vorher nicht gekannte Intensität und Zerstörungen. Gegenseitige Beschuldigungen, der Gegner nutze den Waffen-stillstand zu Truppenbewegungen und die Beschaffung von Waffen, er mißbrauche die Verteilung von Hilfsgütern zur Zwangsrekrutierung junger Männer. Als die Rebellen schon das ganze Land erobert oder ohne Widerstand eingenommen hatten, konnte der portugiesische Außenminister Jaime Gama den Sturm auf die letzten Stellungen der Regierungstruppen in Bissau durch einen Blitzbesuch am 24. Oktober vermeiden. Die Hauptforderung der Rebellen: Abzug der ausländischen Truppen. Und das Parlament müsse über den Rücktritt des Präsidenten entscheiden. Ein erstes Treffen zwischen "Nino" und seinem Kontrahenten Ansumane Mané fand am 30. Oktober in Banjul (Gambia) statt, ohne Ergebnis.

Krieg oder Frieden, das Land wird systematisch zu Grunde gerichtet. Bissau ist weitgehend zerstört, geplündert und menschenleer. Das portugiesische Fernsehen zeigte, wie sich die Menschen in den Abwasserkanälen vor den Bombardierungen zu schützen suchen. Regierung und Verwaltung bestehen nur noch aus wenigen Dutzend Ministern und hohen Beamten. Die Botschafter Frankreichs und Portugals und die schwedische Geschäftsträgerin halten die Stellung und versuchen zu helfen und zu vermitteln. Portugiesische und französische Schiffe

mit Hubschraubern sind vor der Küste stationiert. Noch bestreiten Portugal und Frankreich ihre Bereitschaft, dem abgewirtschafteten Präsidenten Asyl gewähren zu wollen.

Die zu Beginn des Konflikts von den Vermittlern diskutierten Pläne für eine militärische Beobachtermission der Vereinigung portugiesischsprachiger Länder (CPLP) und den Einsatz der westafrikanischen ECOMOG-Truppen scheinen vom Tisch. Die vor allem unter nigerianischer Führung stehenden Truppen hatten schon in Liberia und Sierra Leone das Volk tyrannisiert, gemordet und geplündert. Daß Senegal als interessierte Partei mit von der Partie sein will, ist einer der Schwierigkeiten der Verhandlungen. Die CEDEAO, vor allem Gambia und Nigeria, betrachtet eine multinationale Intervention mit immer mehr Skepsis. Die Vereinten Nationen werden ohnehin erst reagieren, wenn der bisher begrenzte Konflikt sich zu einem regionalen Brandherd ausweitet.

Die Legitimität, das Land zu ruinieren

In einem Interview mit der portugiesischen Wochenzeitung *Expresso* hatte "Nino" Vieira noch am 28. September wie bisher auf seine Legitimität gepocht. Die Opposition und führende Juristen des Landes im portugiesischen Exil bestreiten diese, weil der Präsident fortwährend gegen die Verfassung verstoße. Er selber braucht einen ehrenvollen Abgang, der ohnehin bei den anstehenden Neuwahlen fällig wäre. Eine Alternative ist nicht in Sicht. Die Militärjunta ist Teil der alten Elite und der seit dem Unabhängigkeitskrieg regierenden PAIGC. Der aufständische Ansumane Mané erklärte von vornherein, keinen Anspruch auf die politische Führung des Landes zu erheben. Er war beim Militär-coup von 1980 Vieiras rechte Hand, die beiden sind Kampfgefährten seit den Anfängen des Guerillakriegs. Die Generalität ist wie die führenden Politiker mitschuldig an Mißwirtschaft und Selbstbereicherung der Staatselite. Aber ihre Revolte wird von nahezu der gesamten Gesellschaft und allen gesellschaftlichen Gruppen als Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit und der Ausweglosigkeit und des Scheiterns der bisherigen Politik akzeptiert.

Vor den Wahlen wurde "Nino" als charismatische Persönlichkeit aufgebaut. Seine Rolle im Befreiungskrieg und für die Einheit des Vielvölkerstaats brachte ihm einen knappen Sieg. Dabei erhielt er gerade in den Stimmbezirken die wenigsten Stimmen, wo der Anteil der Veteranen des Guerillakriegs am größten ist. Danach wuchsen Unzufriedenheit und Korruption. Vor allem die Vereinten Nationen mit ihren im Land tätigen Entwicklungs- und Hilfsprogrammen hofierten ihn und seine Klique. Sich ihrer ehemaligen Helden zu entledigen, ist für Guinea-Bissau wie für viele Länder ein bisher ungelöstes Problem. Wie Mugabe in Simbabwe, Mobuto und dann Kabila in Zaire/Kongo, Mahathir Mohamad in Malaysia und viele der alten Männer kann sich "Nino" nicht von der Macht lösen. Sein persönliches Schicksal wird heute zur entscheidenden Blockade des Friedensprozesses.

Und die führenden Gruppen und Personen der zivilen Gesellschaft? Zahlreiche emigrierte Intellektuelle, geflohene Regierungsbeamte und die guineische Nichtregierungsorganisationen im Exil debattieren die Zukunft des Landes. Aber auch sie sind Teil der städtischen Gesellschaft und der Elite des Landes und als solche teils mehr, teils weniger mitverantwortlich für die bisherige Mißwirtschaft. So wie die Entwicklungshilfe. Die seit 1990/92 im Lande aktive politische und zivile Opposition änderte nichts daran, daß die Segnungen der Entwicklungshilfe vor allem der politischen Führungsschicht zugute kamen. Der Konflikt und die Krise des Landes lassen sich jedenfalls nicht auf eine militärische Auseinandersetzung zwischen zwei Kriegsherren reduzieren. Viele begreifen den vom Krieg ausgehenden Schock als Chance für einen Neubeginn. Das Land verfügt über eine junge, zukunftsorientierte, wenn auch zahlenmäßig kleine Schicht von Universitätsabsolventen, die so schnell wie möglich aus dem erzwungenen Exil zurückkehren und das Schicksal des Landes in ihre Hand nehmen wollen. Wird man sie lassen? Werden sie die notwendige Erfahrung einbringen können? Sich gegen die zur Wehr setzen können, die wie der Präsident eifrig dabei sind, das Land zugrundezurichten?

Die Zerstörungen in Bissau sind groß. Hunderte Häuser sind zerstört, der historische Zentralmarkt, das Tropenmedizinische Institut, ein Teil der Krankenhäuser, Schulen, das Hotti-Hotel.

Die Gebäude des INEP, eines im gesamten afrikanischen Kontext vorbildliches Forschungsinstituts, wurden von den senega-lesischen Truppen als Kaserne genutzt; seine

Ausstattungen und seine bisherigen Forschungen einschließlich der Computer und aller Dateien wurden gestohlen oder vernichtet; die Bibliothek wurde schwer beschädigt, ihre Bestände von ca. 70.000 Bänden dem tropischen Regen ausgesetzt; die Archive wurden in den Regen geworfen und wahrscheinlich zum großen Teil vernichtet oder unbrauchbar gemacht.

II. Zur Frage der Ethnizität in Guinea-Bissau

Bemerkenswert im afrikanischen Kontext und ein Zeichen der Hoffnung ist das Fehlen ethnischer Feindbilder. Auch der Krieg hat bisher nicht zu einem Zerfall der Gesellschaft nach ethnischen Kriterien geführt. Eher ist die zunehmende Militarisierung der Zivilbevölkerung erschreckend. In dem bisher vielleicht friedliebendsten und auch für Ausländer freundlichsten Land Afrikas beginnen die Menschen, sich mit Waffen auszurüsten.

In der Kolonialzeit (bis 1973/74) wie auch seither war Guinea-Bissau ein auffallend friedliches Land. Die Freundlichkeit der Guineer im alltäglichen Umgang ist ein wohltuendes Erlebnis. Anders als z. B. in deutschen Städten oder gar US-amerikanischen, ganz zu schweigen von fast allen Großstädten der sogenannten Dritten Welt, konnte sich bis Juni in der Hauptstadt Bissau - und im Landesinnern ohnehin - Mann und Frau zu jeder Tages- und Nachtzeit in der Öffentlichkeit ohne Furcht vor Überfällen bewegen.

Ethnizität als Stereotyp

Es gibt keine offensichtlichen ethnischen Probleme im Lande. Dabei fehlt es weder an ethnischer Diversität noch an vergangenen und gegenwärtigen Konflikten zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen. Der Zensus von 1928 hatte die einheimische Bevölkerung in 17 "Rassen" eingeteilt (Censo 1950: 15). Die vier amtlichen Erhebungen von 1928, 1940, 1949 und 1950 nennen zusammen 32 Ethnien, dazu "andere Stämme", nämlich kleine, nicht gesondert kategorisierte Bezeichnungen (ibid.: 18). 1940 werden "Cristãos", also die "Christen", ebenso als "Ethnie" (und in der damaligen Sprache als "Rasse") aufgeführt wie einige Gruppen aufgrund ihrer Siedlungsgebiete: Aus der Region Oio werden die Oincas; aus der Ortsbezeichnung Caboiana werden die Cobiana; einige Gruppierungen der Fula (Fulbe,

Peul) werden nach Wohn- oder Herkunftsregionen (Fula do Futa oder Futa-Fula), nach Status (Fula-forro; "die Freien" oder "Befreiten") oder nach angeblicher Farbtönung (Fula-preto; "die Schwarzen") unterschieden (ibid.).

Das Jahrbuch von Portugiesisch Guinea von 1946 (Anuário 1946: 71, 74) teilt die Bevölkerung in zehn "Stämme" ein, von denen einige - in der kolonialen portugiesischen Diktion - "die ersten Gehversuche auf dem Weg in die Zivilisation tun" (ibid.: 71). Der Zensus von 1950 (Censo 1950) und die voraufgegangene, vom Gouverneur der Kolonie in Auftrag gegebene "ethnographische Untersuchung" von 1946 (Mota 1947) fixieren schließlich die Kategorisierung ungezählter Familienverbände zu den noch heute üblicherweise genannten 22 Ethnien des Landes. Dies soll nicht bedeuten, es habe vorher keine ethnischen Gruppen mit eigenen Sprachen, Siedlungsräumen etc. gegeben (Jao 1995)⁴. Die Vielfalt der zwischen den sozialen Einheiten bestehenden Unterschiede, die auch Mota (1947:9) betont, wurden vielmehr in ein zum Zwecke des besagten Zensus erstelltes Schema gepreßt, und es "entstanden" damit - auf der Grundlage früherer Erhebungen und der gesammelten Meinungen portugiesischer Verwaltungsbeamter und Militärs - die heute im Land bestehenden Ethnien und ihre Bezeichnungen. Die im Anschluß an den Berliner Kongreß (1885) festgelegten Landesgrenzen zerschnitten wie überall in Afrika die Siedlungsgebiete der einzelnen Völker.

Im Umgang der Menschen miteinander gibt es in diesem Mosaik keine virulenten Probleme. Auch der derzeitige Krieg und die tiefe Krise der Gesellschaft schufen allem Anschein nach keine ethnischen Probleme. Auf die an Einheimische gerichtete Frage, ob sie die "Rasse"⁵ eines Mitmenschen erkennen können, kommt ziemlich unterschiedslos und eindeutig die Antwort: ja, an der Sprache und oft auch an der Art, sich zu kleiden, nicht aber an seinem körperlichen Aussehen. Was einen bemerkenswerten Realismus darstellt gegenüber den zwischen

⁴ Jao 1995: 29 greift auf Rogado Quintino (Boletim Cultural da Guiné Portuguesa, 96/1969) zurück, um auf die Möglichkeit hinzuweisen, daß Mandjacos, Pepeis und Mancanhas nicht von ihrem Ursprung her verwandt sind, sondern daß die Verwandtschaft eine Folge intensiver Kontakte ist und die Überzeugung des gemeinsamen Ursprungs samt entsprechender Mythen lediglich sekundär. Ähnliche Vermutungen gibt es auch für Beafadas und Balantas.

⁵ "Raça" ist die übliche einheimische Bezeichnung für "Ethnie". Auf die Frage, "Kal ke bu raça?", antwortete mir eine Frau, sie sei "Geba", "cristón di Geba", also "Christin aus Geba" (s. hierzu weiter unten).

nordirischen Protestanten und Katholiken, Serben und Kroaten, Hutu und Tutsi gegenseitig als offensichtlich behaupteten physischen Unterschieden.

Ethnische Gegensätze

Dabei hat es auch in Guinea-Bissau noch bis in die jüngere Geschichte hinein nicht an Ereignissen gefehlt, die Nahrung für Gegensätze und Haß sein könnten. Wie viele, vielleicht alle Völker Westafrikas sind auch die einzelnen in Guinea-Bissau lebenden Ethnien das Ergebnis von Wanderungen, Konfrontationen, Verdrängungen, ethnischen Verschmelzungen und ethnischen und physischen Vernichtungen. Ein paar Schlaglichter auf die schwierigen interethnischen Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart des Landes verdeutlichen dies.

Das Mali-Reich der Mandinga hatte Wohlstand und Macht aus der Versklavung und dem Verkauf insbesondere von Fulas und Beafadas bezogen, die es zu Tausenden an die Atlantik-Häfen zur Verschiffung nach den Amerikas lieferte.

Das Mandinga-Reich von Kaabu, dessen "Hauptstadt" Kansalá möglicherweise im Osten des heutigen Landes Guinea-Bissau in der Nähe von Gabu lag, ging 1867 unter dem Ansturm der Fula (Peul) zu Ende; im Süden erlagen die Beafada und Nalu fast vollständig den vordrängenden Fulas, Mandingas und Balantas. Mandingas wurden von den Fulas assimiliert und als "Fula-Preto" zu einer Art minderwertiger Kaste innerhalb der stark hierarchisierten Fula-Gesellschaft⁶.

Die Fula ließen sich von den verhaßten *Tuga* (Portugiesen) kooptieren als ihre verlässlichen Helfer in den örtlichen Verwaltungen und besonders bei der Eintreibung der Steuern; auch bei den "Pazifizierungskriegen" ab 1913/15 leisteten sie wertvolle Hilfe (lt. Ribeiro 1989: 235), ebenso in den portugiesischen Truppen im Kampf gegen die Unabhängigkeitsbewegung. Sie machten sich damit bei allen unbeliebt. Nach der Unabhängigkeit wurden sie deshalb von den neuen Machthabern mit Mißtrauen betrachtet. Obwohl sie heute die zahlenmäßig größte Ethnie

⁶ Zu Auswirkungen auf das heutige Ansehen der Fula-Preto s. z. B. Carlos Cardoso in Augel/Cardoso 1996.

des Landes sind, wird die von ihnen hauptsächlich bewohnte Region (Bafatá-Gabu) von der nationalen Politik in Bissau mehr als alle anderen vergleichbaren Landesteile vernachlässigt (s. z. B. Monteiro 1996). Sich heute einen Fula als Präsidenten des Landes vorzustellen, scheint allgemein so gewagt wie einen schwarzen Präsidenten in Brasilien oder den USA.

Die Balantas stellten das Gros der Truppen der den antikolonialen Befreiungskrieg führenden und anschließend als Regierungspartei allein herrschenden (Staats-) Partei PAIGC. Sie waren als zuverlässige Guerilleros und gnadenlose Buschkrieger gefürchtet und für den Sieg entscheidend. Ihr Einfluß im unabhängigen Staat wurde systematisch beschnitten bis hin zu drastischen Repressionen. Obwohl sie historisch die bevölkerungsstärkste Gruppe darstellen, zogen sie sich wieder weitgehend auf ihre "akephalen" Strukturen und damit aus dem öffentlichen Leben zurück.

Die Mandjaco und Mancanha erlitten nach der Unabhängigkeit eine systematische Dezimierung ihrer traditionellen Führungsschicht, bis hin zu öffentlichen Exekutionen von "*Régulos*"⁷ (Fernandes 1993). Die beiden am meisten urbanisierten und gebildeten Ethnien des Landes und sogar die unmittelbar betroffenen Familien zeigen bis heute anscheinend keine Spur von Rachegefühlen und erheben bisher keinerlei Forderung nach Aufklärung und Bestrafung der Schuldigen. Die "Demokratisierung" des Landes verlief ohne große Erschütterungen, und die für Bluttaten politisch oder unmittelbar Verantwortlichen konnten ihre Macht in den Wahlen von 1994 demokratisch legitimieren und wurden in keinem Fall zur Rechenschaft gezogen.

Die Felupe an der Grenze zu Senegal wurden ähnlich wie die Banhun infolge ihrer Aufstände gegen die portugiesische Kolonialmacht bis weit in die dreißiger Jahre vor allem von den "Comandos africanos", den einheimischen Hilfstruppen der Kolonialmacht, dezimiert und fast vollständig vernichtet.

⁷ "Régulo", "kleiner König", ist die übliche portugiesische Bezeichnung für das Dorf- oder Regionaloberhaupt traditioneller Gesellschaften.

Die Bijagós (heute ca. 8000 Personen), die keine bekannte sprachliche Verwandtschaft zu den übrigen westafrikanischen Völkern aufweisen, sahen sich in ihrer "splendid isolation" auf den mehr als 80 dem Festland vorgelagerten Inseln bedrängt und in ihrer gesellschaftlichen Ordnung (mit starken matrilinearen und matrilocalen Zügen) in Frage gestellt. Sie werden vom heutigen Staat ähnlich wie von der portugiesischen Kolonial-herrschaft weitgehend ignoriert und vernachlässigt. Die Inseln sind infrastrukturell mehr als jede andere Region des Landes unterversorgt und im Staat nicht repräsentiert. Überhaupt scheint sich kaum jemand im Land um Repräsentanz und Interessenausgleich zwischen den einzelnen Ethnien zu kümmern. Die ideologische Verbrämung einer "Nation" und "Gemeinschaft" von "gleichberechtigten Teilen" eines "allen nützenden Staates" wird kaum einmal in Frage gestellt.

Auch der religiöse Faktor fehlt nicht unter den Gegensätzen: Fulas und Mandingas sind ebenso wie einige kleinere Ethnien (Beafada, Balanta-Mane) islamisiert, viele zwangsweise. Einige Ethnien (Pepel, Mandjaco, Mancanha) sind stärker als andere christianisiert. Der größere Teil, nämlich bis zur Hälfte der Bevölkerung, wird den traditionellen afrikanischen "Naturreligionen" zugerechnet, und Christen wie Moslems leben mit vielen Elementen animistischer Provenienz. Religiöse Positionen und Zuschreibungen scheinen im öffentlichen Leben jedoch keine Rolle zu spielen. Von islamischem Fundamentalismus ist im Land jedenfalls vordergründig kaum etwas zu spüren. In der Regierung und in den Parteien, in der Verwaltung und in der zivilen Gesellschaft gibt es zwar große ethnische und damit auch religiöse Ungleichgewichte, diese werden jedoch nicht thematisiert und nicht problematisiert, jedenfalls nicht öffentlich. Erstaunlich ist auch, daß es keine offensichtliche Politik irgendwelcher Proporz gibt und daß der Diskurs der Einheit und Gleichheit unangefochten bleibt. Ob die jetzige Staatskrise hierauf einen Einfluß haben wird, bleibt abzuwarten.

Ethnizität und staatliche Macht

Ethnische Zugehörigkeit kann andererseits im Einzelfall durchaus ein Kriterium für den Zugang des einzelnen zur staatlichen Macht und zu Positionen im öffentlichen Bereich sein (vom Fahrer und Wächter angefangen bis zu Generaldirektoren und Ministern). Wenn A und nicht B

eine Stelle bekommt, wird B eventuell behaupten, daß A eben ein "Bruder", also ein ethnisch Verwandter des Entscheidungsträgers ist. Von einzelnen Ministerien wird behauptet, sie seien fest in der Hand einer bestimmten Ethnie, und dies mag auch stimmen im Sinne gewachsener und stets neu reproduzierter personalisierter Strukturen.

Ethnizität ist vor allem ein Faktor im politischen Kalkül der Machthabenden. Wo der Einfluß auf die Bevölkerung wichtig ist, ist Ethnizität ein mögliches Einfallstor, vor allem gegenüber der Landbevölkerung. Schon die koloniale Administration hatte sich der stark hierarchisierten Struktur vor allem islamischer Bevölkerungsteile bedient, während sich die "akephalen" Balantas besser ihrem Zugriff entziehen konnten⁸.

Während des Befreiungskampfs und nach der Unabhängigkeit (1973/74) gab es in der PAIGC kontroverse Positionen gegenüber den traditionellen Strukturen. Einerseits waren sie wichtig zur Mobilisierung der Bevölkerung für den Guerillakrieg, zur Vermittlung politischer, militärischer und gesellschaftlicher Ziele und für den Aufbau und die Festigung der neuen Gesellschaft, zunächst in den "befreiten Gebieten", dann in dem 1973 gegründeten Staat. Andererseits waren es gerade die "großen Männer" der einheimischen Gesellschaften, denen der Geruch von Rückständigkeit anhaftete und deren Verankerung in der Bevölkerung den Ansprüchen der neuen Machthaber potentiell im Wege stand. Die marxistische Orientierung von Amílcar Cabral und seiner Partei als der "führenden gesellschaftlichen Kraft" trug das ihre zur Politik der Modernisierung unter sozialistischen Vorzeichen bei. Der Gegensatz zwischen der gewollten Volksverbundenheit und den sozialistischen Überzeugungen des "neuen Menschen" war also strukturell bedingt und sehr stark.

Der 1. Parteikongreß der PAIGC (1964 in Cassacá) erklärte die traditionellen Chefs, insbesondere die *Régulos*, zu den Hauptschuldigen für die Mißstände und Schwierigkeiten in der Partei und im Befreiungskampf. Man sagte "dem Geist der *Régulos* und traditionellen Chefs

⁸ Zur Gesellschaftsstruktur der Balanta s. Diana Lima Han dem, *Nature et fonctionnement du pouvoir chez les Balanta Brassa*, Bissau: INEP, 1986 (Coleção Kacu Martel, 1); Christian Sigrist und F. Kramer (Hg.), *Gesellschaften ohne Staat*, Frankfurt/M, 1978.

unter den Verantwortlichen der Partei" den Kampf an⁹ und begann eine systematische Kampagne gegen sie, aber auch gegen alle, die sich nicht klar für die Ziele der Partei einsetzten. Eine pseudo-theoretische Unterscheidung zwischen "unserem Volk" und "der Bevölkerung" war die Grundlage für willkürliche Verhaftungen und Verfolgungen. Die traditionelle Elite wurde zunehmend marginalisiert.

Nach Erlangung der Unabhängigkeit wuchs die Repression zu systematischem Terror (Fernandes 1993:44). Die Staats- und Parteikomitees funktionierten bis ins kleinste Dorf als Bespitzelungs- und Repressionsorgane, die Polizei konnte ungefragt und ungestraft schalten und walten; die Geheimpolizei erledigte die schmutzige Arbeit, unerwünschte Personen aus dem Weg zu schaffen.

Erst mit dem Zusammenbruch der strengen und immer weniger funktionierenden zentralen Planwirtschaft, dem Staatsstreich vom 14. November 1980 und der beginnenden wirtschaftlichen Liberalisierung läßt die Repression nach. Oder sie wird selektiver, gezielter, wenn auch nach wie vor willkürlich und meist ohne sich auch nur um den Anschein von Rechtmäßigkeit zu bemühen.

Es folgt eine Phase der allmählichen Wiederannäherung der politischen Führung an die "traditionellen" Eliten, die gleichzeitig eine Angleichung der öffentlichen an die weiterbestehende private Praxis ist. Diese nämlich wird eingestandenermaßen oder heimlich und selbst bis in die "zivilisierten" Bevölkerungskreise hinein von den *Irās* (den Ahnengeistern) und ihren Kulten beherrscht oder zumindest stark geprägt, und damit von den *Djambakus* und *Balobeiros*, den islamischen und den "animistischen" religiösen Führern, von den "großen Männern", den *Régulos* und sonstigen traditionellen Dorfchefs, von Heilern unterschiedlicher Provenienz und von anderen Vertretern der alten Ordnung. Politiker begannen nun, etwa ab 1990, wieder die positiven Aspekte der Tradition zu erwähnen, und hoben die Rolle der Dorfchefs für die soziale Ordnung hervor.

⁹ Amílcar Cabral, *Unidade e Luta*, Lisboa 1974, S. 62; vgl. Mamadú Jao, *Os poderes "tradicionalis" no período de transição*, in: Koudawo u. Mendy 1996: 121-133.

Erst mit der politischen Liberalisierung ab 1990/91 wird die Tradition wieder zum bedeutenden Faktor, als nämlich alle Parteien um die Gunst des Wahlvolks und damit an erster Stelle um die Gunst der Alten und Einflußreichen zu werben begannen. Die an der Macht befindliche Partei bediente sich schamlos der Strukturen und Ressourcen des Staates und der alten Repressionsinstrumente und -methoden; die Oppositionsparteien versuchten es mit dem ethnischen, traditionalistischen, ökologischen oder auch feministischen Repertoire. Im wesentlichen wird wohl Gertrud Achinger (1996) recht haben, wenn sie behauptet, daß keine der neuen Parteien die Masse des Volks, sondern alle nur unterschiedliche Fraktionen der städtischen Elite repräsentieren.

Im Wahlkampf von 1994 beschwor der alte und dann gewählte neue Präsident die Gefahren des "Tribalismus" als zu überwindender Rest schädlicher Traditionen und Spaltpilz beim Aufbau der Nation, im Kampf um die "nationale Einheit" als Fortsetzung des glorreichen antikolonialen Kampfes und für den Aufbau der Nation und die Entwicklung des Landes. Gleichzeitig vollzog die Partei eine gründliche Neumischung ihrer örtlichen Kader. Dabei spielte ethnische Zugehörigkeit eine wichtige Rolle. Zum Beispiel wurden in der Nord-Region (Cacheu/Canchungo) die Spitzen der vier Sektor-Verwaltungen mit Angehörigen der regional überwiegenen Volksgruppen besetzt, von denen zwei (die Präsidenten der Sektoren von Canchungo und Caió) gleichzeitig die Funktionen des *Régulo* ausüben. Dies drückt ohne Zweifel eine Wende in der Position der politischen Macht gegenüber den traditionellen Autoritäten aus, wie auch immer diese auch motiviert sein möge.

"Burmedjus", "Cabo verdianos" und "Crioulos"

Der einzige, auch heute noch im Volk, in der Politik und im wissenschaftlichen Diskurs thematisierte ethnische Gegensatz ist der zwischen fast der gesamten Bevölkerung und den wenigen, aber überall entscheidenden *"Burmedjus"*, den *"Vermelhos"*, den "Roten", auch global als *"Cabo Verdianos"* und *"Crioulos"* Bezeichneten. Diese Unterscheidung ("Diskriminierung") ist bezeichnenderweise die einzige, die häufig auch an äußeren Merkmalen, nämlich der helleren Haut, festgemacht werden kann. Portugal hatte sich für seine Kolonialverwaltung vor

allem der Kapverder bedient, die sich als Beamte, Polizisten, Kirchenleute usw. bei den Einheimischen entsprechend verhaßt machten. Auch hatte sich in den Städten eine kleine autochtone Kreolenschicht herausgebildet, die eng mit den Portugiesen verbunden war und dem Land gegenüber deren Herrschafts- und Schmarotzerfunktionen verkörperte¹⁰. Aus dieser Funktion und aufgrund der gescheiterten Versuche einer politischen Einheit von Guinea-Bissau und Cabo Verde resultiert eine bis heute existierende Belastung im Umgang mit den "enttribalisierten" Teilen der Bevölkerung. Die Haltung gegenüber der Schicht der städtischen "*Crioulos*" und den mit ihnen in Zusammenhang gebrachten "*Burmedjus*" ist ein Konflikt-herd in der Gesellschaft von Guinea-Bissau. Hier laufen die Fronten weitgehend parallel zum Gegensatz zwischen Stadt und Land. Dabei muß natürlich sowohl in der Genese als auch in der Analyse der heutigen Sozialstruktur zwischen den zugrunde liegenden Kategorien unterschieden werden.

Die portugiesische Präsenz an der Guinea-Küste beschränkte sich auf einige Häfen und den Handel mit den Einheimischen. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann Portugal sich für das Landesinnere zu interessieren, nahm aber z. B. keine Notiz von den Kämpfen, die 1867 zu dem bereits genannten Untergang des Mandinga-Reiches von Kaabu führten. 1887 schreibt Marques Gerales im Boletim der Geographischen Gesellschaft von Lissabon (sg. Ribeiro 1989: 224), daß "noch vor kurzem die Mandingas die Herren fast des gesamten Territoriums unseres Guinea waren, und viele Völker, die in der Nähe der Atlantikküste wohnen, nämlich die Beafadas an der Mündung des Rio Grande, die Pepéis (Singular Pepel oder Papel) am Rio de São Domingos und die Balantas zwischen Beafadas und Pepéis, waren dem König von Kabu, dem obersten Herrscher der Mandingas, tributpflichtig". Erst auf Druck der Berliner Konferenz setzten Frankreich und Portugal eine Grenzkommission ein. Im übrigen reichte der portugiesische Einfluß so weit wie die Kanonen der jeweiligen Festung. Bis 1915 zahlten die Portugiesen im Gebiet des heutigen Bissau den Pepels von Intim, Bandim und Antula Tribut; erst 1935/36 wurden die Bijagos in ihrem Zentrum Canhabaque besiegt; noch

¹⁰ Der neben Amílcar Cabral als historische Persönlichkeit bekannteste "*Crioulo*" war Honório Pereira Barreto (1813-1858), der schon mit 24 Jahren zum Interims-Gouverneur von Guinea ernannt wurde und danach auch Gouverneur der Provinz wurde (s. Jaime Walter, Honório Pereira Barreto. Biografia. Documentos. "Memória sobre o estado actual da Senegâmbia Portuguesa", Bissau: Centro de Estudos da Guiné Portuguesa, 1947).

bis in die 40er Jahre gab es Aufstände in der Region Biombo (Pepel) und Suzana/Varela (Felupe, Diola).

Zwischen den wenigen, auf einige Küstenstützpunkte beschränkten Europäern und der afrikanischen Bevölkerung standen die *Grumetes*, europäisierte Einheimische, und die *Lançados* oder Tangomaos, afrikanisierte Europäer. Hinzu kamen die Kapverder, weil Portugal von dort wie von den Azoren viele Arbeiter und Soldaten rekrutierte (Ribeiro 1989: 233), außerdem Degradierete und Deportierte aller Couleurs und viele Händler. Bei den vielen Konflikten zwischen Portugiesen und Einheimischen wie auch mit Händlern und Militärs anderer Nationen konnte die portugiesische Garnison durchaus nicht immer auf diese Mittelspersonen rechnen. Beide Gruppen leisteten Vermittlerdienste und waren bei Auseinandersetzungen oft das Zünglein an der Waage.

"*Cristão de Geba*" ist eine spezifische Kategorie "enttribalisierter" Afrikaner aus dem ehemals bedeutenden und heute zu einem Mandinga-Dorf "abgewickelten" Hafenstädtchen Geba am Oberlauf des gleichnamigen Flusses. Andere Bezeichnungen sind "*Cristãos da terra*", "*Filhos da terra cristãos*" und "*Grumetes*". Die Zwischenschichten zwischen Afrikanern und Europäern bildeten zusammen mit den "assimilierten" oder "zivilisierten" Einheimischen einen wichtigen Teil der lokalen Gesellschaften. Von ihnen sagte Amílcar Cabral in der ihm eigenen Form von Radikalität, ihr Personalausweis sei der einzige gültige Beweis dafür, daß es sich um menschliche Wesen handle" (Amílcar Cabral, *A arma da teoria* I:62)¹¹.

Für die Bedeutung der in sich differenzierten sozialen Schicht zwischen Afrikanern und Ausländern spricht auch die Entwicklung des *Kriol* (criol, crioulo), einer auf portugiesischer Basis gebildeten Mischsprache, die sich als *língua franca* langsam ausbreitete und durch den antikolonialen Befreiungskrieg den entscheidenden Aufschwung erlebte. 1979 sprachen ca.

¹¹ An den Beispielen der historisch bedeutenden Städten Cacheu und Bolama wird die Herausbildung der intermediären Schicht der *Crioulos* besonders deutlich. Vgl. Carlos Cardoso (Hg.), *Bolama entre a generosidade da natureza e a cobiça dos homens*, Bissau: INEP, 1996, insbes. den Beitrag von Filomena Miranda, *Grandes famílias luso-africanas guineenses ou Gans no séc. XIX: seu papel na integração urbana dos autóctones*, S. 295-304; und Carlos Lopes (Hg.), *Mansas, escravos, grumetes e gentio. Cacheu na encruzilhada de civilizações*, Bissau: INEP, 1993, z. B. die Beiträge von Jean Boulègue und Wladimir Brito. Erst in neuester Zeit beginnt sich eine kreolische Literatur zu entwickeln; vgl. Moema Parente Augel, *A nova literatura da Guiné-Bissau*, Bissau: INEP, 1998 (Coleção Kibur, n° 8).

15% der Bevölkerung *Kriol* als Erstsprache, dagegen 0% Portugiesisch als Erstsprache und 2% Portugiesisch als Zweitsprache. Heute wird *Kriol* in den Städten fast von allen mehr oder weniger gut gesprochen und hat gegenüber den ethnischen Sprachen eindeutig einen höheren Status. Auf dem Land ist es die übliche Verkehrs-sprache in der Kommunikation zwischen den Ethnien. Amts- und Schulsprache ist nach wie vor Portugiesisch. Dies aber wird immer mehr zu einer Fiktion und führt zu erheblichen Problemen im Erziehungswesen und in der Interaktion zwischen Bevölkerung und Behörden. Im Parlament hat sich *Kriol* als fast alleinige Sprache durchgesetzt; im Radio ist *Kriol* vorherrschend; im Fernsehen dominiert allerdings nach wie vor Portugiesisch mit starker Präsenz der brasilianischen Variante¹².

Die Ausbreitung des *Kriol* ist ein Ausdruck der Bedeutung interethnischer Kommunikation. Es gibt durchaus Dörfer, in denen alle Bewohner derselben Ethnie zugerechnet werden. Zusammen-siedeln und Eheverbindungen zwischen Mitgliedern unterschied-licher Ethnien sind jedoch häufig und bis in die letzten Winkel des Landes durchaus normal.

Interethnische Verbindungen sind auch durchaus nicht neu. Ein Einzelbeispiel zur Illustration: Als Ende August 1996 *Senhor Norman*¹³ im Alter von 71 Jahren starb, wurde er unter der Leitung eines katholischen Priesters an einem Sonntagnachmittag beerdigt. Am darauf folgenden Freitag fand die islamische Trauerfeier statt, am Samstag früh die Siebenten-Tags-Messe, anschließend und bis Sonntag abend die afrikanische *mancida/ manchida*. Normanos Witwe betrachtet sich als Pepel, ihre Mutter war Pepel, ihr Vater Mandjaco. Normanos Vater war Portugiese, die Mutter Beafada und damit muslimisch. Folglich gab es eine christliche Beerdigung und eine muslimische Trauerfeier. Aber auch die einheimisch-afrikanische Seite der Familie mußte zu ihrem Recht kommen, weil nur dadurch gewährleistet ist, daß später, beim Tod der Witwe, die entsprechenden Rituale der Pepel gefeiert werden können. Eine solche Familienkonstellation kommt zwar im Verhältnis zu der überwiegenden Zahl innerethnischer Verbindungen nicht sehr häufig vor, ist jedoch durchaus normal und wird gesellschaftlich allseits akzeptiert.

¹² Von den vielen Veröffentlichungen zum guineischen *Kriol* nenne ich zur Information: P. A. Biasutti, *Vocabulário Kriol-Português*, 2. Aufl., Bubaque: Missão Católica, 1987; und Luigi Scantamburlo, *Gramática e dicionário da língua crioula da Guiné-Bissau*, Bologna: EMI, 1981.

¹³ Name geändert

Normanos Alter und die interethnische Heirat seiner Eltern und Schwiegereltern verweisen auch darauf, daß interethnische Verbindungen durchaus nicht erst infolge des Befreiungskriegs und der heutigen höheren örtlichen Mobilität üblich wurden. Schon in den 30er Jahren waren Verbindungen zwischen Beafadas und den in die Erdnußanbauggebiete vordringenden Balantas, zwischen Pepeis und den übrigen der Gruppe der Brames/Burames zugerechneten Ethnien im Norden (Mancanha und Mandjaco), zwischen Beafadas und Mandingas und Bijagós und anderen durchaus zahlreich.

Möglicherweise ist etwas Wahres an der üblicherweise geäußerten Meinung, daß es der Widerstand gegen den gemeinsamen Feind, die portugiesische Kolonialmacht, war, die ein gewisses Maß an interethnischer Solidarität bewirkte¹⁴. "Ohne den systematischen Kolonialismus gäbe es nicht die Formen interethnischer Solidarität und Verbindung der Interessen in dem Maße, wie sie stattfand" (Lopes 1989: 245), und ohne die nationale Unabhängigkeitsbewegung wäre es wahrscheinlich nicht zu einer Überwindung der zwischenethnischen Rivalitäten gekommen (ibid., S. 263). Erst seit den 50er Jahren und dem Guerillakrieg seit 1963 kam es unter den Soldaten und den militärischen und politischen Führungskräften in größerem Maße zu systematischer Zusammenarbeit über die Grenzen der Ethnien hinweg. Sie stammten aus allen Teilen des Landes und arbeiteten bewußt gegen jeden Regionalismus und Tribalismus. Hinzu kamen die Vertreibung und die Wanderungsbewegungen vieler Tausender infolge des Kriegesgeschehens. In den befreiten Gebieten und fast nur dort entwickelte sich im Kampf gegen die Kolonialmacht eine Art "nationale" Solidarität (ibid., 264), auch wenn man kaum von einer "Nation" sprechen kann, sondern eher - mit Samir Amin - von der nationalen Unabhängigkeitsbewegung als einer "nationalen Bewegung ohne Nation"¹⁵.

Nicht das Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Ethnien ist das Problem, sondern die vielfältigen Gegensätze zwischen der Masse der Bevölkerung und den "*Crioulos*". Für Carlos Rui Ribeiro (1994) sind die *Crioulos* "eine Art Ethnie" mit eigener Sprache, einer

¹⁴ So Manuel dos Santos in: *A construção da nação em África*, op. cit., S. 191ff.

¹⁵ Vgl. Diana Lima Handem, ibid., S. 271.

eigenen Kultur aus afrikanischen und europäischen, besonders portugiesischen Elementen und die politische, wirtschaftliche und soziale Führungsmacht im Land (S. 3). Politik und ihre Machtinstrumente, insbesondere die Gesetze, haben deshalb "ausnahmslos eine tendenziöse Prägung zugunsten dieser Gesellschaftsschicht und insbesondere ihrer Elite. Von den ethnischen Bevölkerungsteilen werden sie als 'Leute der Stadt' (*Gintis di Prasa*) angesehen". Die Städter sehen auf die ethnische Landbevölkerung mit Verachtung herab (ibid., S. 3, 6, 7, 11 et passim).

Innerhalb der PAIGC, aber auch in anderen Parteien gibt es Anzeichen für ablehnende Haltungen gegenüber den Nachkommen der ehemaligen kleinen einheimischen kolonialen Mittelschicht. Das in Vorbereitung der Parlaments- und Präsidentenwahl von 1994 erlassene "Wählbarkeitsgesetz" (*Lei da elegibilidade*) bestimmte, daß der Präsident der Republik von guineischen, im Lande geborenen Eltern und Großeltern abstammen müsse, und schloß somit die "*Burmedjus*" (und damit bestimmte konkrete Konkurrenten um die Macht) von der Kandidatur aus. Auch der aufgrund der Wahlen von 1994 gebildeten Regierung wird nachgesagt, "echte" Guineer bevorzugt zu haben.

Unabhängig von jeder ethnischen Zugehörigkeit ist die eigentliche Spaltung der Gesellschaft die zwischen Stadt und Land, und innerhalb dieses Gegensatzes sind es vielfältige Aversionen und Vorbehalte zwischen den *Crioulos*, den ehemaligen einheimischen "Zivilisierten", die mehrheitlich aus den Städten stammen, und der in ihren ethnischen Strukturen lebenden Landbevölkerung (Ribeiro 1994: 12). Aber auch innerhalb dieser Führungsschicht gibt es vielfach abgestufte Unterschiede und Zugehörigkeiten. Carlos Rui Ribeiro (1994:11) spricht von "verdrängtem Haß der mestizischen Bevölkerung dunkler Hautfarbe gegenüber der ebenfalls mestizischen Bevölkerung hellerer Hautfarbe, die sie unabhängig von ihren jeweiligen Herkunft unterschiedslos als 'Kapverder' bezeichnen".

Tribalismus als nützliches Schreckgespenst

"Rassenunruhen" gelten als gefährliche Konfliktherde, nicht nur, aber ganz besonders in Afrika. Auch führende Politiker in Guinea-Bissau warnten im Zusammenhang mit den Wahlen von 1994 und dem Demokratisierungsprozeß immer wieder vor den Gefahren des "Tribalismus". Im Wahlkampf war der Appell an die Einheit der Nation und die Gemeinschaft des ganzen Volks zusammen mit der Erinnerung an den heldenhaften antikolonialen Befreiungskampf der Tenor aller Reden des alten und neuen Staatspräsidenten. Dabei kommen die Bürgerkriege in den südlich an Guinea-Bissau angrenzenden Staaten Republik Guinea, Sierra Leone und Liberia solchen Manipulationen durchaus entgegen. Allerdings wird dadurch auch die Gefahr erhöht, daß Guinea-Bissau in die Destabilisierung der gesamten Region einbezogen wird. Auch der aktuelle kriegerische Konflikt verläuft keineswegs entlang ethnischer Linien, noch scheint er die in der Bevölkerung bestehenden ethnischen Vorbehalte zu verstärken.

Im gegenwärtigen Casamance-Konflikt spielen ethnische Faktoren in den Beziehungen zwischen der senegalesischen und guineischen Bevölkerung durchaus eine, wenn auch untergeordnete Rolle. Die über die Grenze hinweg bestehenden verwandtschaftlichen Beziehungen fördern die Kooperation und bieten den Kämpfern der MFDC leichtere Rückzugsmöglichkeiten. Auch die ethnische Identifikation der als Besatzer gehaßten Soldaten wird in Bissau nicht ganz unvermeidlich sein und möglicherweise Folgewirkungen haben.

Es gibt kaum noch eine Identifikation der Landbevölkerung mit dem Regime in Bissau. Sie konnte auch die fünfundzwanzigjährige Geschichte des unabhängigen Staats nicht bewirken. Im Gegenteil haben - trotz aller Abhängigkeiten - Willkür, Mißwirtschaft und Selbstbereicherung die bestehenden Abneigungen der ethnischen Mehrheiten gegen die Herrschenden in Bissau verstärkt¹⁶. Die Hauptstadt und ihre Bevölkerung, ihre Sprache, das *Kriol* und noch mehr das Portugiesische, werden - trotz des o. gen. allgemein höheren Status -

¹⁶ Im Gegensatz zu dem oben zum höheren Status von *Kriol* im Verhältnis zu den ethnischen Sprachen Gesagten findet man auf dem Land durchaus auch die Identifikation des *Kriol* mit den hier genannten und von Teilen der Landbevölkerung verachteten Negativbildern von Bissau und dem städtischen, modernen Leben.

als Symbole der Ausbeutung und Dekadenz gesehen und mit einer von den Lebensbedingungen auf dem Land unendlich weit entfernten Welt identifiziert.

Elemente der Identifikation sind für die Landbewohner in größerem Maße die Bevölkerungen der übrigen ländlichen Regionen, und zwar unabhängig von deren religiöser und ethnischer Zugehörigkeit. Es besteht ein starkes Bewußtsein für die familiären, religiösen und ethnischen Verbindungen, und dies auch über die Landesgrenzen hinaus. Die Grenzen zu Senegal im Norden und der Republik Guinea (Hauptstadt Conakry) im Süden sind nicht alt und waren nie Trennungslinien von Ethnien und Familien. Seit Jahrhunderten besteht ein intensiver Handel über die Grenzen hinweg, zum Teil auch ein ganz Westafrika umfassender Fernhandel. Das in ganz Afrika und weltweit bestehende Phänomen einer auf persönlichen Netzwerken beruhenden Wirtschaft¹⁷ umfaßt in Guinea-Bissau wahrscheinlich den allergrößten Teil des Handels und damit - beim fast völligen Fehlen von industrieller und handwerklicher Produktion im formellen Sektor - das Gros der Wirtschaft im Lande. Der nach den Kriterien präpotenter und wirklichkeitsfremder Verwaltung illegale Grenzhandel im Landesinnern umfaßt ein Mehrfaches an Wert des formellen Handels. Im Landesinnern findet eine Bildung von Reichtum statt, den die "etablierte" Gesellschaft von Bissau kaum zur Kenntnis nimmt und in keinem Fall und zum Glück nicht kontrollieren kann. Dieses Ungleichgewicht wird sich durch den derzeitigen Krieg, die Zerstörungen in Bissau und die Desorganisation des Staatsapparats bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Produktions- und Sozialstrukturen im Landesinnern noch verstärken. Damit einher geht ein schnelles demographisches Wachstum der von Bissau kaum zur Kenntnis genommenen oder zumindest sträflich vernachlässigten Regionen des Ostens und Nordostens, also der vorwiegend von den moslemischen Mandingas und Fulas bewohnten Gebiete. Für sie ist Bissau nicht nur weitgehend irrelevant, sondern eine Belastung.

Es gibt also, wie eingangs betont, keine Anzeichen dafür, daß es im Volk schwerwiegende Gegensätze "rassistischer" Art gibt, und auch die Versuche der Funktionalisierung von Ethnizität für politische Zwecke halten sich in Grenzen. Andererseits scheinen zwei Faktoren geeignet, die offensichtliche friedliche Koexistenz der vielen, historisch durchaus von

¹⁷ Vgl. z. B. George Amponsem, Global trading and business network among Ghanaians: An interface of the local and the global, Diss. Bielefeld 1997.

zahlreichen Konflikten geprägten Ethnien des Landes in Frage zu stellen: die mangelnde Identifikation weiter Teile der Bevölkerung, insbesondere im Landesinnern, mit "Bissau" als dem Inbegriff der selbstsüchtigen, sich selbst privilegierenden Herrschaftsschicht und das Herbeireden der Gefahr des "Tribalismus", wie es im Wahlkampf geschah und das mir geeignet scheint, die bestehenden Gegensätze zwischen Stadt und Land, "Tradition" und "Moderne" als ethnische Konflikte darzustellen und ihr damit einen "essentialistischen" Anschein und eine sich selbst verstärkende Dynamik zu geben.

Carlos Rui Ribeiro (1994: 4) geht in seiner Analyse von Ursachen und Folgen des ethnischen Faktors in Guinea-Bissau noch weiter. Für ihn bedeutet die absichtliche Zerstörung der gesellschaftlichen Basis der Ethnien des Landes durch die portugiesische Kolonialverwaltung und noch mehr die Zentralisierungs- und Modernisierungspolitik nach der Unabhängigkeit, daß allen Entwicklungsbemühungen der Regierung und der "development community" von vorn herein die Grundlagen fehlen und sie zum Scheitern verurteilt sind (s. auch Augel 1997).

III. Ressourcennutzung und nachhaltige Entwicklung

Teil des Gegensatzes zwischen Stadt und Land und Ausdruck der eher parasitären Rolle des Staats und der Staatselite sind die Probleme der Land- und Ressourcennutzung. Es gibt nur wenig gesichertes Wissen hierzu, wohl aber eine Reihe von Einzeluntersuchungen, die im Laufe der letzten zehn Jahre entstanden sind. Es handelt sich um ein weitgehend beziehungsloses Nebeneinander von historisch und ethnographisch orientierten Arbeiten zu sozialen und landwirtschaftlichen Modalitäten des Bodenbesitzes und der Bodennutzung (z. B. Zugangsrechte und Arbeitsteilung), den ökologisch orientierten, von ausländischen Institutionen finanzierten und meist auch von Ausländern durchgeführten Plänen zur Einrichtung von Nationalparks und anderen Naturschutzgebieten und den staatlich-juristischen Regelungen mit dem Ziel eines "modernen", auf wirtschaftliche Nutzung gerichteten Bodenstatuts.

Ohne allzu große Vereinfachung kann man sagen, daß seit der Unabhängigkeit (1973/74) kein einziges "Entwicklungsprojekt" irgend etwas bewirkt hat, was längerfristigen Bestand gehabt

hätte. Das Land steht voller Entwicklungsruinen. Es gibt nichts, was man eine nationale Entwicklungsperspektive nennen könnte. Die Staatselite und auch Teile der Nichtregierungsorganisationen konzentrieren sich auf kurz- und mittelfristige "Projekte", die Geld ins Land bringen und ihre eigenen Konten auffüllen. Die kurzfristige persönliche Bereicherung der Akteure hat Vorrang gegenüber jeder längerfristigen gesellschaftlichen Perspektive.

In einer großangelegten, vom Forschungsinstitut INEP durchgeführten Untersuchung der Entwicklungsperspektiven des Landes¹⁸, wurden alle gesellschaftlich relevanten Gruppen nach ihren Vorstellungen und nach ihrer Rolle für die Zukunft des Landes befragt. Das Ergebnis war ein Katalog von fast allem, was man sich an Ziel- und Wunschvorstellungen denken kann. Die Vollständigkeit der Auflistungen ist gleichzeitig die Gewähr dafür, daß sich nichts verändert. Trotzdem hat diese Forschung zu wichtigen Ergebnissen geführt, nämlich zu einem Bewußtwerdungs- und Diskussionsprozeß in der Gesellschaft, an dem alle relevanten Gruppen und Sektoren beteiligt waren (einschließlich der Militärs!), und zur Fixierung langfristiger Prioritäten, an die sich die Politiker und die Militärs zwar nicht halten, denen aber als Referenzrahmen und Zielvorgabe eine gewisse Rolle in der gesellschaftlichen Orientierung zukommen. Im Augenblick ist nicht abzusehen, was aus solchen Ansätzen wird angesichts des drastischen Einbruchs, den der im Land ausgebrochene Krieg bedeutet.

Die Entwicklung der Landwirtschaft und die soziale Entwicklung auf dem Lande galten schon während des Befreiungskriegs (1961-1973) als absolute Priorität. In der Praxis aber waren seit der Unabhängigkeit die Hauptstadt Bissau und die Interessen der städtische Elite die Ziele der überwältigenden Mehrheit aller Finanzierungen. Die Versorgung der Landbevölkerung und damit von 80 oder mehr Prozent des Landes ist prekär, und bei einem statistischen monetären Prokopfeinkommen von 220 oder 240 US-Dollars ist die Integration der Landbevölkerung in

¹⁸ Die bisher vorliegenden Veröffentlichungen bleiben weit hinter der innenpolitischen Bedeutung der Untersuchung zurück. U. a. liegen vor: INEP/NLTPS, Relatório fase I do NLTPS Guiné-Bissau 2025: Identificação da problemática, Bissau: INEP, 1994; INEP/NLTPS, Guiné-Bissau. Uma retrospectiva. Síntese, Bissau: INEP, 1995; INEP/NLTPS, Guiné-Bissau 2025 Djitu ten. As cinco prioridades, Bissau: INEP 1996; INEP/NLTPS, Guiné-Bissau 2025 Djitu ten. Estudos Nacionais Prospectivos a Longo Prazo, Bissau: INEP, 1996; letztgen. auch in Französisch unter Beibehaltung des kreolischen Untertitels in der Bedeutung "Es gibt eine Perspektive", "Wir schaffen es": Guinée Bissau 2025. Djitu ten. Études nationales prospectives à long terme, Bissau: INEP, 1996.

"moderne" Sektoren minimal. Für die Menschen im Landesinnern bieten nicht der Staat, nicht Bissau und nicht irgend eine "nationale Identität" ein Referenzschema, sondern z. B. ethnische und religiöse Kategorien, die Subsistenzproduktion und der informelle Handel, der zu einem nicht geringen Teil die gesamte Region erfaßt, der also in großem Stil grenzüberschreitender, internationaler Handel ist (nach Senegal, Gambia, Guinée-Conakry, aber auch Mauretanien, Mali, Côte d'Ivoire, Sierra Leone, Liberia u.a.). Etwa gegenüber den Netzwerken der Fulbe (Peuls, Fula) sind die staatlichen, aus Bissau kommenden Vorgaben relativ unbedeutend. Man bedient sich ihrer, soweit sie nützlich sind, und ignoriert sie, wo andere Interessen überwiegen.

Guinea-Bissau zählt zu den Staaten, denen alle Voraussetzungen fehlen, die in der historischen Entwicklung mit dem Konzept des Nationalstaats verbunden sind und die heute nur Bestand haben, weil es (trotz des Schicksals der DDR) nicht oder noch nicht üblich ist, bestehende Staaten abzuschaffen, selbst wenn sie wenig Existenzberechtigung haben außer der Tatsache, daß es sie gibt. Dem entspricht, daß in der jetzigen existentiellen Krise des Landes die Frage seiner Integration in eine westafrikanische Föderation bzw. der Anexion durch Senegal auftaucht. Nach 25 Jahren fiktiver Unabhängigkeit wird offensichtlich, daß Guinea-Bissau als Staat eine Fiktion ist. Es gibt ihn nur im Bereich staatlicher Außenbeziehungen, insbesondere in der Entwicklungs-zusammenarbeit, als Akkumulationsagentur für die Staatselite und als ideologisches Konstrukt. Für die bei weitem größten Teile der Bevölkerung spielt der Staat höchstens in kleineren Teilbereichen eine positive Rolle. Im Bereich verwaltungsmäßiger Infrastruktur funktioniert er fast nur dort und nur insoweit, wie sogenannte "Entwicklungsprojekte" einzelne Teile seiner institutionellen Strukturen zeitweilig aktivieren. Dies ist zwar auch in vielen anderen afrikanischen Staaten kaum anders (vgl. hierzu z. B. Arbeiten von Jean-François Bayart), in Guinea-Bissau jedoch aufgrund des im Befreiungskampfs entwickelten Anspruchs der Staatspartei besonders tragisch.

In einer solchen Sicht eines anomischen Staates ist der Umgang mit Boden und natürlichen Ressourcen ein Teilbereich allgemeiner Unfähigkeit, Ziele staatlichen Handelns so zu definieren, daß sie realistische Perspektiven (und nicht etwa nur Auflistungen von Wünschbarem) und Handlungsstrategien bieten. Ohne Bezug zur gleichzeitig gepflegten Ebene eines abgehobenen Entwicklungs-diskurses ist die Praxis staatlichen Handelns auf kurzfristige

und wenig miteinander verbundene Einzelprojekte gerichtet. Dabei entspricht die private Aneignung von Boden der in allen gesellschaftlichen Bereichen generalisierten Korruption: Nicht eine systemische Zielsetzung ist handlungsorientierend, sondern der unmittelbare private Nutzen der Akteure. Es gelang in Guinea-Bissau selbst in Ansätzen nicht, ein nationales Akkumulationsprojekt zu entwickeln. Selbst für die eigene Bereicherung konnte die Elite keine tragfähige Grundlage bilden; sie setzt z. B. den Boden nicht als Produktionsfaktor ein, sondern fast ausschließlich als materiell unproduktives Statussymbol und Faktor hypothetischer patrimonialer Sicherheit.

Rahmenbedingungen der Ressourcennutzung

Diese wenigen einleitenden Bemerkungen verweisen schon auf einige politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen der Ressourcennutzung. Wenn man dann noch die eindeutig ablehnende Haltung der betroffenen bäuerlichen Bevölkerung gegenüber Einzelmaßnahmen der Umweltpolitik feststellt, dann sollte das zu denken geben. Da bisher weder nachhaltige noch sonst eine Form der "Entwicklung", die diesen Namen verdient, seitens des Staates oder internationaler Agenturen gelang, sollte und könnte dies ein Anlaß sein, in größerem Maße "dem Volk aufs Maul" und den einheimischen und ausländischen Experten auf die Finger zu schauen. Allerdings besteht - trotz aller im akademischen Bereich vorhandenen Überzeugungen von der Rolle von "local knowledge" und der "Ignoranz der Experten"¹⁹ - die weit verbreitete Ansicht, daß "kleine dörfliche Gemeinschaften nur wenig zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Schutz der Umwelt beitragen können und daß die besseren und moderneren Verfahren von den urbanisierten Eliten stammen und aus der Hauptstadt oder von internationalen Organisationen und Entwicklungshilfe-Geberländern kommen"²⁰. Dabei interessiert mich die Frage nach der Rolle und den Möglichkeiten und Schwächen von Dorfgemeinschaften als Hüter langfristiger Nutzbarkeit natürlicher Ressourcen, wie sie

¹⁹ Ich beschränke mich auf einen summarischen Hinweis auf Arbeiten von Mark Hobart und Gudrun Lachenmann und auf meine kleine eigene Anwendung solche Konzepte auf Guinea-Bissau (Augel 1997).

²⁰ Mancur Olson im Vorwort zu Jean-Marie Baland und Jean-Philippe Platteau, *Halting degradation of natural resources. Is there a role for rural communities?* Rome: FAO and Oxford: Clarendon Press, 1996, p. VII

Mancur Olson im Vorwort zu Jean-Marie Balands und Jean-Philippe Platteaus Buch *Halting degradation of natural resources* (1996) stellt.

Ziel dieses dritten Abschnitts meiner Überlegungen ist also, die Kluft zu verstehen, die zu bestehen scheint zwischen staat-licher, urbaner Rationalität und dem möglicherweise bestehenden Interesse der Landbevölkerung an der längerfristigen Erhaltung ihrer eigenen natürlichen Lebensgrundlagen. Wenn die Nutzung des Bodens und der übrigen natürlichen Ressourcen ein für die Entwicklungschancen der Landbevölkerung wichtiger Faktor ist, dann muß man feststellen:

- Der Staat ist der Landbevölkerung gegenüber bisher vor allem als Ausbeuter und Usurpator aufgetreten; nicht nur die Ignoranz einheimischer und ausländischer Experten, sondern auch konkrete Interessen verhindern die Formulierung und Umsetzung langfristiger Entwicklungsziele, wenn sie der kleptokratischen Staatselite nicht passen.
- Umweltinitiativen sind von außen gesteuerte und nach außerhalb der Rationalität der ländlichen Bevölkerung liegenden Kriterien arbeitende Interventionen. Sie beschränken sich zudem auf eng begrenzte Objekte und sind für die Landbevölkerung irrelevant oder laufen ihren Interessen zuwider.
- Die Definitions- und Kontrollgewalt des Staats ist gering und verhindert weder die Überausbeutung der Ressourcen noch deren Aneignung durch systemfremde Akteure. Im Gegenteil, der Staat, die sogen. Zivilgesellschaft und die Nicht-Regierungs-Organisationen bestehen im wesentlichen aus solchen Akteuren, die ihre eigenen Ziele auch gegen die Überlebensinteressen der betroffenen Landbevölkerung verfolgen.
- Die Strukturanpassungsprogramme und der Primat des Marktes haben die Situation verschlimmert²¹. Was bisher als unrechtmäßige oder unter Ausnutzung staatlicher Macht erzwungene Aneignung von Land und anderen Ressourcen durch die Staatselite galt²², wird im

²¹ S. hierzu Faustino Imbali (Hg.), Os efeitos sócio-económicos do programa de ajustamento estrutural na Guiné-Bissau, Bissau: INEP, 1993 und António Isaac Monteiro, coord., O programa de ajustamento estrutural na Guiné-Bissau. Análise dos efeitos sócio-económicos, Bissau: INEP, 1996 (Colecção Kacu Martel, vol. 11).

²² Ein konkretes Einzelbeispiel behandelt Manuel Nassum, O impacto social da implantação dos ponteiros na Bacia do Rio Gambiel, Paper presented to the Seminário Nacional sobre a Lei da Terra, Bula, julho de 1991, in: INEP (Hg.), Boletim de Informação Sócio-económica, Jg. 7, Heft 3-4/1991, S. 17-29.

Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung und der Strukturanpassungsprogramme durch die Notwendigkeit marktorientierter Landnutzung, also mit dem angeblichen Ziel der Markt- und exportorientierten Produktion legitimiert. Dabei ist bekannt, daß mehr als 90% der privatisierten Flächen brach liegen und die Aneignung nicht nach volkswirtschaftlicher Rationalität, sondern zur Akkumulation individuellen und familialen Reichtums geschieht.

- Durch diese Art der Privatisierung von Boden- und natürlichen Ressourcen werden zunehmend die Produktionsgrundlagen der großen Mehrheit der Bevölkerung untergraben.

Sicherung des Bodenbesitzes als zentrales Konzept

Eine Gruppe französischer Anthropologen, Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler und Juristen hat eine Reihe Untersuchungen zur Landproblematik in Afrika herausgegeben²³, deren Grundgedanken mir geeignet erscheinen, neue Konzepte für eine langfristig tragfähige Ressourcennutzung zu entwickeln. Im Mittelpunkt ihres Interesses stehen der in vollem Gang befindliche Prozeß der Aneignung des Bodens, also das Ende des Prinzips freier Zugänglichkeit für jeden, der ihn nutzen will. Als zentralen Punkt stellen sie die Notwendigkeit der Sicherung des Landbesitzes und der landwirtschaftlichen Produzenten heraus, also die Herstellung langfristiger Sicherheit gegenüber vielfachen Bedrohungen: Absicherung ihres Besitz- und Nutzungsanspruchs auf das Land und die Produkte ihrer Arbeit; Sicherheit vor der Willkür des Staats und seiner Repräsentanten und der Gefahr des Verlusts des Landes oder anderer natürlicher Ressourcen, Sicherheit vor aufgezwungenen Anbauauflagen ebenso wie vor forciertem Marktintegration, Sicherheit vor unkontrollierbaren, von außen an sie herangetragenem und von ihnen selbst nicht steuerbaren Krisen (z. B. willkürliche Preispolitik).

Die generalisierte Gesellschafts- und Entwicklungskrise Afrikas und das Scheitern sowohl der traditionellen als auch der kollektivistischen Versuche der Landwirtschaftsentwicklung

²³ E. Le Bris, Étienne Le Roy u. Paul Mathieu, L'appropriation de la terre en Afrique noire, Paris: Karthala, 1991; E. Le Bris, Étienne Le Roy u. François Leimdorfer, Enjeux fonciers en Afrique noire, Paris: ORSTOM/Karthala, 1982; B. Crousse, E. Le Bris u. Étienne Le Roy, Espaces disputés en Afrique noire, Paris: Karthala, 1986; Étienne Le Roy, Alain Karsenty u. Alain Bertrand, La sécurisation foncière en Afrique. Pour une gestion viable des ressources renouvelables, Paris: Karthala, 1996

sprechen gegen die bisherigen Formen des Bodenbesitzes und der Ressourcennutzung; und der Glaube an die alleinseligmachende Kraft des Marktes spricht für die Umwandlung des Bodens in Privateigentum als Voraussetzung für kapitalistische Investitionen und für jede dynamische Entwicklung auf dem Lande. Hiernach wären die Schaffung eines Bodenmarkts und die Überführung der "archaischen" Bewirtschaftung in moderne Besitz- und Managementformen notwendig (vgl. Le Roy et al. 1996: 8). Die Fehlschläge der letzten zwanzig bis dreißig Jahre und die gegenwärtige Krise sprechen jedoch gegen allzu hoffnungsvolle Perspektiven. Es gibt keine Gewähr dafür, daß die von den Strukturanpassungsprogrammen geforderte Einführung privaten Bodeneigentums eine Wende der Entwicklungskrise herbeiführen könnte, wie dies allgemein angenommen wird²⁴. "Man darf [auch] nicht die westliche Konzeption des Eigentums als den afrikanischen Lösungen überlegen annehmen", betonen Le Roy u.a., sondern muß nach situationsangepaßten Lösungen und gemischten oder hybriden Formen des Besitzes und der Bewirtschaftung suchen, die sowohl bestehenden Traditionen als auch den in einzelnen Bereichen fortgeschrittenen konsolidierten westlichen Formen gerecht werden. Eine schnelle und allgemeine Durchsetzung "moderner" Verkehrsformen würde die Stagnation auf dem Land in allgemeine Beschäftigungslosigkeit und soziale Entwurzelung degenerieren lassen. Ziel sollte - nach den Vorstellungen der genannten französischen Forschergruppe - die Förderung und Entwicklung situationsgerechter, flexibler wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Lösungen sein (ibid.: 9; vgl. auch Stamm 1996).

Boden: Heilige Erde, Prestigeobjekt, Produktionsfaktor, Ware

Die Bedeutung von Grund und Boden umfaßt in Guinea-Bissau die gesamte Spannbreite zwischen "heiliger Erde" und Land als einer am Bodenmarkt gehandelten Ware²⁵. Während die

²⁴ Volker Stamm, Zur Dynamik der westafrikanischen Bodenverfassung. Eine ökonomische Analyse am Beispiel Burkina Faso, Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, 1996, untersucht empirisch die allgemein behaupteten negativen ökonomischen Folgen lokaler Bewirtschaftungspraktiken.

²⁵ Johannes Augel, Chão sagrado e mercadoria. Posse da terra e desenvolvimento, in: Carlos Cardoso und Johannes Augel (Hg.), Guiné-Bissau. Vinte anos de independência. Democracia e Desenvolvimento. Balanço e perspectivas, Bissau: INEP, 1996, S. 229-246

Verfassung alles Land zu Staatseigentum erklärt und nur Nutzungsrechte vergeben werden können, bestehen tatsächlich vielfältige Formen von Bodenbesitz und Bodennutzung, die sowohl nach ethnischen Traditionen differenziert sind als auch und besonders dem stufenlosen Übergang entsprechen zwischen vorwiegend von Eigenanbau lebenden Bauern und einer kleinen städtischen Elite, die keine eigenen landwirtschaftlichen Interessen hat. Neben Dorfgemeinschaftsbesitz und gemeinschaftlicher Bodenbestellung stehen viele Formen kapitalistischen Eigentums und marktorientierter Produktion. Ein portugiesisch-afrikanisches Agrarunternehmen wie die *Agribissau*, das exportorientierten Obstanbau betreibt und nach eigenen Angaben immerhin 25 Mio US-Dollars investiert hat, kann dabei ebenso seine Existenzberechtigung haben wie die bisherige dörfliche subsistenzorientierte Landwirtschaft, die übrigens teilweise auch für den Markt und in nicht unbedeutendem Maße sogar für den Export produziert, nämlich vor allem Cashew-Nüsse. Ein solches Nebeneinander ist allerdings mit einer Reihe von Problemen verbunden, die sowohl die Realisierung als insbesondere auch die Möglichkeit des längerfristigen Bestands eines solchen dualistischen oder multivariaten Modells in Zweifel ziehen. Wichtige Aspekte sind:

1) Es gibt nicht nur subsistenzorientierte Dorflandwirtschaft auf der einen und marktorientierte Agrarunternehmen auf der anderen Seite. Hunderten Einheimischen gelang es - wie vorhin erläutert - aufgrund ihrer politischen Positionen oder ihrer Nähe zur Staatsmacht, "*Pontas*", also quasi-privaten Landbesitz zu erwerben. Obwohl dieser fast vollständig unproduktiv ist und damit dem Gesetz widerspricht, gibt es keinen einzigen Fall der Aberkennung solchen Besitzes. Im Gegenteil besteht die Tendenz, ihn in sicheres Eigentum umzuwandeln. Es hat sich eine Schicht von Grundeigentümern gebildet, die weitgehend mit der Staats-elite und der politischen Macht im Lande identisch ist; für sie bedeutet Landbesitz Sozialprestige und patrimoniale Sicherheit. Dieses Land wird nur in ganz geringem Umfang wirtschaftlich genutzt; Schätzungen sprechen von fünf bis zehn Prozent.

2) Übergriffe der Staatselite hat es nicht nur auf Boden und natürliche Ressourcen gegeben (abgesehen von der allgemein verbreiteten Bereicherung im Amt durch Korruption), sondern auch auf die Arbeitskraft der Dorfbewohner, die zu "freiwilligen" Arbeiten auf den "*Pontas*" gezwungen wurden, die (wie der gesamte Boden) formell dem Staat, tatsächlich aber und in

schleichendem Übergang den Angehörigen der Staatselite gehören. Solche Privatisierungen betrafen auch umfangreiche Entwicklungshilfeleistungen und Haushaltsmittel des Landes. Sowohl die Aneignung des Landes und öffentlicher Betriebsmittel als auch die Übergriffe gegen Personen und Arbeitskraft haben bei der Landbevölkerung die von der Kolonialzeit her schon bestehende Erfahrung des Staats als Bedrohung und arroganten Zerstörer ihrer Lebensgrundlagen erneuert. Investitionen in den Boden sind für sie stets mit der Möglichkeit des Verlusts durch Usurpation verbunden. Es besteht keine Sicherheit und damit kein Anreiz zum Aufbau längerfristiger Perspektiven.

3) Tatsächlich bestehen im Lande neben dörflichem Kollektiv-besitz und privat angeeigneten Farmen auch zahlreiche individuelle Klein- und Kleinstbesitzungen, die unangefochten, wenn auch nicht rechtlich, also nicht durch grundbuchamtliche Eintragung und die entsprechende gesetzliche Grundlage abgesichert sind. Bei Aufrechterhaltung des verfassungsmäßigen Anspruchs, daß der Boden Staatseigentum ist, stellen viele Hundert kleine "Pontas" Übergangsformen dar, die in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung über reine Subsistenzwirtschaft hinausgehen. Besonders der Cashew-Anbau ermöglicht breiten Bevölkerungsschichten auf dem Land ein monetäres Einkommen oder wenigstens durch Tausch gegen Reis Zugang zu dem wichtigsten Grundnahrungsmittel. Hier besteht ein Entwicklungspotential, das durch Sicherung der Besitzformen und der Investitionsbedingungen dynamisiert werden kann.

4) Wenn der Staat und die Staatselite die koloniale Arroganz gegenüber den "Unzivilisierten" in vieler Hinsicht fortgeführt haben, so dies besonders unter den Bedingungen des vollständigen Fehlens lokaler Macht. Weder die ethnischen gesellschaftlichen Strukturen noch eine irgendwie geartete "Zivilgesellschaft" noch Partei- oder sonstige demokratische Organe können den auf allen Ebenen in Bissau definierten und auf das Land exportierten Entscheidungen etwas entgegensetzen. Chancen für die Verwirklichung selbstbestimmter oder auf dörflicher Ebene definierter Ziele bestehen nicht und damit auch keine minimalen Sicherheitsgarantien für produktive und ressourcenerhaltende Investitionen auf dem Land (Kapital, Arbeit, Planung, Lebensperspektiven). In einem Weltbank-Papier plädiert deshalb K. Cleaver für einen

Machtzuwachs lokaler Bevölkerungen und eine Stärkung der für den Zugang zum Boden und für seine Bewirtschaftung verantwortlichen Institutionen²⁶.

5) Auf allgemeinerer Ebene stellt sich die Frage nach dem Übergangs- oder Konvergenzcharakter eines solchen Modells "traditioneller"²⁷ und "moderner" Formen von Eigentum. Transition wohin? "Die Vorstellung von einer Transition setzt in der Tat voraus, daß der Übergang von einer zu einer anderen Form sich an einem klaren und bekannten Ziel orientiert" (Le Roy et al. 1996:11). Welche Zielvorstellungen bestehen? Haben "traditionelle" Formen überhaupt eine Chance des Bestands gegenüber "westlichen" Normen? Gewohnheitsrecht gegenüber kodifiziertem, "positivem" Recht? Bauern gegenüber Bürokraten? Unterstellt das Modell nicht die implizite Annahme, daß der Übergang notwendigerweise zu "modernen" Formen führt, also zur Verallgemeinerung privaten Bodeneigentums, und die Beibehaltung traditionellen Bodenbesitzes lediglich eine Notlösung zur Vermeidung allzu großer sozialer Kosten eines abrupten Übergangs ist? Auch hier wieder die für die Bauern bestehende Unsicherheit und eine Bedrohung ihrer Lebensgrundlagen durch den Staat; auch hier sind wiederum die Voraussetzungen für eine nachhaltige Bewirtschaftung denkbar ungünstig (vgl. auch Stamm 1996).

Das seit Jahren in Arbeit befindliche Bodengesetz (s. Lei da terra, 1998) versucht, dem Widerspruch zwischen "traditioneller" und "moderner" Nutzung zu entgehen, indem beide Bereiche geregelt werden. Es zielt sowohl auf die Garantie der Bodennutzung für die ländlichen Gemeinden ("in dem Maße, wie diese ihn wirtschaftliche nutzen können") und auf den Einbezug des Gewohnheitsrechts wie auch auf die Schaffung eines Bodenmarkts als Voraussetzung für Investitionen. Bisher hatte die Verfassung das Land zu Staatseigentum erklärt.

²⁶ K. Cleaver, A strategy to develop agriculture in Sub-Saharan Africa and a focus for the World Bank, 1993 (WB Technical Paper nr. 203); K. Cleaver and G. Schreiber, The population, environment and agriculture nexus in Sub-Saharan Africa, 1992 (Africa Technical Department, Agriculture and Rural Development Series, WB, nr. 1); zit. nach Le Roy et al. 1996: 14.

²⁷ Ob mit oder ohne Anführungszeichen: Ich möchte mir die Diskussion von "traditionell" und "modern" ersparen.

Interessant und symptomatisch ist in der Diskussion um Bodennutzung, daß die Vorstellung einer absoluten Verfügungsgewalt über privates Grundeigentum besteht. Das Erstaunen ist groß, wenn man von Wege- und Wasserrechten, vom Verbot der Umzäunung auch privaten Waldes und von anderen Einschränkungen des Eigentums spricht und die Verallgemeinerung des Privateigentums nicht notwendigerweise als das "Ende der Geschichte" ansieht.

Rahmenbedingungen für nachhaltige Bewirtschaftung

Gegen die Überwindung der Stagnation traditioneller Landwirtschaft stehen in dieser Sicht deshalb nicht so sehr die Unfähigkeit und die Untätigkeit der Bauern als vielmehr die fehlenden Rahmenbedingungen für jede Form nachhaltiger Bewirtschaftung. Dabei scheinen die wenigen tatsächlich auf kapitalistischer Grundlage marktorientiert produzierenden Farmen nicht so sehr eine konkrete Gefahr darzustellen wie die Situation der Unsicherheit des gesamten bäuerlichen Sektors. In einer Arbeit über Landrechte in Côte d'Ivoire (nach Le Roy et al. 1996: 15) meint J. R. Heath wohl zurecht, daß die Sicherung des Bodenbesitzes eine notwendige, wenn auch keine ausreichende Bedingung zur dauerhaften Konsolidierung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist. Dabei sei, so nimmt Heath an, der individuelle Bodenbesitz in Bezug auf wirtschaftliche Effizienz dem traditionellen durchaus nicht überlegen; unter Gerechtigkeitskriterien seien traditionelle Systeme eindeutig vorzuziehen (ibid.). Zu bedenken ist auch die Einschätzung der genannten französischen Autorengruppe (ibid., S. 19), daß es in Afrika aus vielerlei Gründen schwer oder unmöglich sei, in absehbarer Zukunft zu einer generellen Umwandlung des Lands in Ware zu gelangen, eine Einschätzung, die ich auch für Guinea-Bissau als wirklichkeitsnahe ansehe.

Die Sicherheit des Bodenbesitzes ist allerdings nicht der einzige Faktor, der die Bereitschaft und die Fähigkeit lokaler Gemeinschaften zum Erhalt ihrer natürlichen Umwelt beeinflusst. Baland und Platteau (1996) stellen insbesondere Größe und Homogenität bzw. Heterogenität

der Zusammensetzung dörflicher Gruppen heraus, außerdem Vertrauen schaffende bzw. Vertrauen zerstörende Maßnahmen, Kommunikation und Leadership (Weltbank 1992)²⁸.

Möglicherweise ist kollektiver Bodenbesitz sicherer als individueller. Da Gerichte nicht unabhängig und staatliche Behörden klientelistisch geprägt sind, hat in der jetzigen Bodenverfassung der Einzelbesitzer im Falle eines Konflikts kaum die Möglichkeit, sich gegen Ansprüche einflußreicher Personen zu wehren. Auch die Vergabe von Besitztiteln und deren Registrierung sind Quellen von Unsicherheit, Nepotismus und Bereicherungen. Gegen solche Praktiken bietet die Dorfgemeinschaft eventuell einen besseren Schutz. Obwohl traditionelle Autoritäten ebenfalls zu willkürlichen Entscheidungen neigen, betrifft kollektiver Zugang zur Boden- und Ressourcennutzung in offensichtlicherer Form die Interessen der Gemeinschaft. Und obwohl auch deren Möglichkeiten, sich gegen Übergriffe durchzusetzen, gering sind, werden sie als besser als die von Individuen eingeschätzt.

Der Faktor Sicherheit

Zusammenfassend also die Betonung der Sicherung des Bodenbesitzes als Voraussetzung für die Nachhaltigkeit von Entwicklung. In Guinea-Bissau wie in anderen afrikanischen Ländern besteht die dringende Notwendigkeit, den Bauern ein Minimum an Sicherheit des Bodenbesitzes zu garantieren als "Kernstück einer Politik, die die Eigenverantwortung der Dorfbewohner zum Ziel hat"²⁹.

Um dynamisch wirken zu können, können die Formen der Sicherung nicht als statisch und uniform konzipiert werden, sondern müssen stets flexibel und anpassungsfähig sein, und sie müssen den jeweils gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen entsprechen, sich also

²⁸ Der Weltentwicklungsbericht 1992 setzt seine Hoffnung in diesem Punkt auf den "politischen Unternehmer"; allerdings: "Der politische Unternehmer... ist zudem wahrscheinlich der am seltensten zu findende, der am schwierigsten zu definierende und der für die ländliche Entwicklung am wenigsten zu ersetzende" (Weltbank 1992: 173).

²⁹ G. Buttoud, Politiques et pratiques forestières en Afrique sèche, in: *Économie rurale*, n° 191, Mai-Juni 1989, zit. nach Le Roy et al. 1996:43

kontextorientiert verhalten³⁰. Ziel der Besitz-sicherung ist, Gewähr dafür zu bieten, daß getätigte Investitionen an Arbeit, Geld und Bemühen um Erhalt der Fruchtbarkeit den Personen zum Nutzen gereichen, die diese Investitionen vornehmen, daß also ein längerfristiges, fürsorgliches Bewirtschaften des Bodens möglich ist ohne die Gefahr, daß andere sich die Früchte solcher Tätigkeiten aneignen. Zu den Sicherungsfaktoren gehören deshalb nicht nur eigentumsrechtliche Regelungen, sondern insbesondere eine demokratische, also machtpolitische Stärkung lokaler Autonomie gegenüber der Regierung in Bissau.

Die bisherige Agrarpolitik des Landes hat sich nie für die Identifizierung emischer Verhaltensmuster der Landbevölkerung interessiert. Es ist aber unverzichtbar zu berücksichtigen, wie der schonende Umgang mit Ressourcen gesellschaftlich verankert ist und aktiviert werden kann. Die Landbevölkerung hat zum Beispiel durchaus vielfache Erfahrung im Umgang mit prekären Überlebensbedingungen, die sie zum vorausschauenden Planen, zur Vorratshaltung und zu komplizierten Strategien der Maximierung von Sicherheit in unsicherem Umfeld zwingen. Umwelt- und Ressourcenschonung entsprechen solchen Traditionen. Insbesondere aber verstehen die Dorfbewohner im Gegensatz zum "modernen" Sektor ihre Tätigkeit eingebettet in eine Vielfalt sozialer Bezüge³¹.

In afrikanischen Gesellschaften scheint die Vorstellung einer treuhänderischen Verwaltung durch die Gemeinschaft relativ weit verbreitet zu sein (vgl. Stamm 1996: 18ff.). Volker Stamm (ibid.: 19) zitiert einen nigerianischen *Chief* von 1912: "Nach meinem Verständnis gehört das Land einer großen Familie, von denen viele gestorben sind, einige leben und zahllose Mitglieder noch nicht geboren wurden". In Guinea-Bissau entspricht die Notwendigkeit langfristiger gemeinsamer Anstrengungen zur Erhaltung der komplizierten und arbeitsaufwendigen Ökosysteme der Naßreiskulturen ganz besonders der Fähigkeit und dem Bewußtsein zum schonenden Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen.

³⁰ Der Weltentwicklungsbericht 1992 der Weltbank mit dem Schwerpunktthema "Entwicklung und Umwelt" schätzt die "ortstypischen Systeme des gemeinschaftlichen Landbesitzes (...) als hinreichend flexibel" (S. 176) ein und rät, die Politik solle sich mit Eingriffen zurückhalten.

³¹ Als Beispiel sei auf ein großes schwedisches Projekt verwiesen, das als gescheitert gilt; s. Mamadu Jao, *Ideologia e prática de intervenção rural. Uma abordagem sobre a Zona I*, in: Carlos Cardoso u. J. Augel, *ibid.*, S. 247-261.

Ein Problem scheint in den Unklarheiten der juristischen Fassung des Eigentumsrechts zu liegen. Die Formel des Staatseigentums hat nicht verhindern können, daß der Boden seinen Nutzern geraubt wurde von denen, die sich zu Staatsdienern erklärten und sich des Staats bedienen zum Zwecke ihrer eigenen Bereicherung. "Gemeinschaftseigentum" an Grund und Boden gibt es juristisch anscheinend nicht: Selbst das *Condominium* bedeutet, soweit ich es kenne, juristisch Volleigentum an einem ideellen Anteil an einer konkreten Sache. In der Literatur (s. Le Roy 1996: 52ff.) wird der Antarktisvertrag von 1959/61 genannt als ein auch auf Bodenbesitz anwendbares Modell einer Zwischenstufe zwischen voll privatisiertem Eigentum und Übertragung von Land als patri-monialem Besitz und zur treuhänderischen Nutzung durch bestimmte Personen und Gruppen zu festgelegten Zwecken. Erfahrungen mit der Übertragung und Anpassung dieser Rechtsform seien auf den Comoren und in Niger gemacht worden.

Besonders wichtig und unerlässlich für schonende Ressourcen-nutzung und nachhaltige Entwicklung im ländlichen Bereich scheint mir jedoch die Identifikation und Aktivierung von Faktoren ziviler Selbstorganisation zu sein gegen die von der nationalen Gesellschaft an örtliche Gemeinschaften heran-getragenen Unsicherheitsfaktoren, die ihre Nutzungsrechte in Frage stellen und die Früchte ihrer Investitionen an Geld und Arbeit zu enteignen drohen. Entscheidend ist, bei der im Zuge des Demokratisierungsprozesses anstehenden Neustrukturierung der Gewaltenteilung zwischen den Zentralinstanzen in Bissau und dem übrigen Land solche politischen Kräfte zu stärken, die ihre wirtschaftlichen und sozialen Wurzeln und Ambitionen im dörflichen Bereich haben und ihre eigene Zukunft eingebunden sehen in die örtliche Gesellschaft, und nicht etwa solche Personen und sozialen Schichten demokratisch zu legitimieren, die sich ihrer ländlichen Herkunft nur wahltaktisch bedienen und Teil der kleptokratischen Staatselite sind. Ein solches "*empowerment*" örtlicher demokratischer Machtstrukturen ist aber angesichts der kolonialen und postkolonialen Entmündigung der Landbevölkerung eines der schwierigsten Unterfangen.

IV. Welche Perspektiven?

Der Bodenbesitz steht in keinem unmittelbaren kausalen Zusammenhang mit dem Ausbruch des gegenwärtigen Kriegs in Guinea-Bissau. Er dient hier als Beispiel für einen Schlüsselbereich struktureller Probleme, die die Krise und den Zusammenbruch des politischen Regimes der PAIGC verursacht haben. In 25 Jahren Alleinherrschaft haben die Partei Amílcar Cabrals und ihre führenden Repräsentanten das Land zugrunde gerichtet, zunächst wirtschaftlich und jetzt auch militärisch und politisch. Die Anfang der 60er Jahre mit hohem moralischem Anspruch angetretene antikoloniale Bewegung, die weltweite Unterstützung, Sympathie und Bewunderung fand, ist gescheitert. Eine auf Selbstprivilegierung ausgerichtete politische Elite hat die Rechte und Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung ebenso mit Füßen getreten wie die Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen, z. B. der Kriegsveteranen, der Militärs, der "zivilen Gesellschaft", der Freiberufler, Händler und Kaufleute und aller nicht unmittelbar vom Staat Privilegierter. Sie hat kein von der Gesamtgesellschaft akzeptiertes, zukunftsfähiges Akkumulationsmodell erarbeiten können, sondern im Gegenteil die mehrheitlich vom Lande lebende Bevölkerung wirtschaftlich, sozial und kulturell vernachlässigt und ihr die Grundlagen zur eigenen Überlebenssicherung beschnitten.

Die im Lande bestehende Produktionsstruktur ist schmal und schwach. Während die Entwicklungshilfe vor allem den Staat und seine leitenden Bediensteten alimentierte, förderte sie die Korruption und eine Mentalität des "schnellen Geldes", gegen das jeder Versuch, tragfähige zukunftsorientierte wirtschaftliche und soziale Strukturen aufzubauen, zum Scheitern verurteilt war.

Das Chaos des Kriegs betrifft vor allem Bissau. Hier gab es die meisten Tote. Fast alle Einwohner, mehr als ein Viertel der Bevölkerung des Landes, flohen vor dem Granatenbeschuss, erlitten Zerstörungen, Plünderungen und Verfolgungen und leben seither unter unmenschlichen Verhältnissen und ständiger Bedrohung durch Krankheiten, Seuchen und Hunger.

Ein Teil der Mittel- und Oberschicht, die das Land verlassen hat, wird nicht zurückkehren. Viele haben alles verloren, die meisten sehen keine Perspektive für eine Zukunft im Land. Die vor allem portugiesischen Investitionen sind zum Teil verloren, meist kleine Import- und Exportfirmen, Händler und Handwerker, Bauunternehmer. 135 Unternehmer haben sich zusammengeschlossen und verlangen Entschädigung und Hilfen vom portugiesischen Staat. Auch die vielen Entwicklungshelfer und ihre Organisationen wenden sich anderen Aufgaben und anderen Ländern zu. Nach vergeblicher Aufbauhilfe scheint nur noch Katastrophenhilfe möglich. Politiker aller Couleurs rufen nach internationaler Hilfe und stellen sich auf eine fünfzehn oder zwanzig Jahre dauernde Aufbauphase ein.

Die wenigen aus dem Landesinnern vorliegenden Berichte klingen dagegen optimistischer: Die Überlebenskraft der Landbevölkerung ist bewundernswert. Ihre Leidensfähigkeit scheint grenzenlos. Wenn der Zusammenbruch von Bissau zu einer Stärkung des Landesinnern führen könnte, wäre dies ein positiver Nebeneffekt der Katastrophe. Aber auf die Dauer wird das Land nicht ohne Regierung und ohne Hauptstadt leben können. Also die bisherigen Strukturen reproduzieren? Oder bietet der tiefe Einschnitt die Chance zu einem Neuanfang unter anderen Vorzeichen und mit anderen Zielen?

Auch in der Entwicklungszusammenarbeit werden Änderungen eintreten müssen. Die schwedische Entwicklungsbehörde hatte einen ihrer pessimistischen Evaluierungsberichte unter die Frage gestellt, ob es überhaupt einen ernsthaften Willen zum grundlegenden Wandel gibt³². Die amerikanische USAID hatte schon vor der Krise eine starke Reduzierung ihres Engagements beschlossen. Die internationale Umweltschutzorganisation UICN zieht sich (vorläufig) zurück. Das Bonner Entwicklungshilfe-ministerium will schon seit Jahren keine neuen deutschen Hilfsprojekte und verweist auf seinen großen Anteil am Europäischen Entwicklungsfonds.

³² Stefan Sjölander, Is there a will to change? An assessment of macroeconomic development, structural reform and development cooperation between Guinea-Bissau and Sweden during the latest period. Suggested cooperation after 1998, Stockholm, 1997. Daß Schweden seine Botschaft in Bissau schließt, wurde 1997 in Bissau als Alarmzeichen verstanden für die wachsende Ungeduld der Geberländer angesichts der mangelnden Fortschritte der guineischen Entwicklungsbemühungen und der fehlenden Bereitschaft zu grundlegenden Änderungen.

Nach den Wahlen von November 1994 hatte sich, trotz des knappen Wahlsiegs der PAIGC und ihres Spitzenkandidaten Vieira, die Hoffnung auf einen Neuanfang eingestellt. Als nächstes großes demokratisches Projekt sollten die Gemeindewahlen stattfinden und die Regionen gestärkt werden. Die vage ins Auge gefaßten Termine wurden immer wieder auf später korrigiert. Regierung und Regierungspartei haben offensichtlich kein Interesse, den zentralisierten Staat neu zu strukturieren und Teile ihrer Entscheidungskompetenzen und Ressourcen abzugeben. Nach wie vor blockieren sich im Regierungslager rivalisierende Gruppen gegenseitig. Unfähige und korrupte Minister wurden trotz vieler Skandale im Amt gehalten oder beim nächsten Regierungswechsel wieder berufen, Vorwürfe nicht untersucht. Die Justiz ist von der Regierung abhängig.

Die politische Opposition wird versuchen, aus dem Zusammenbruch gestärkt hervorzugehen. Zusammen mit einem Dutzend Nicht-regierungsorganisationen und einer Gruppe im Exil lebender Intellektueller nimmt sie für sich in Anspruch, das neue Guinea-Bissau und seine Zukunftsperspektiven zu repräsentieren. Neuwahlen wären in diesem Jahr fällig gewesen; sie stehen an erster Stelle der Prioritätenliste für die Zeit nach "Nino". Auch in der Regierungspartei kündigt sich ein Wechsel oder eine Spaltung an. Es besteht Hoffnung, daß der bisherige Allein-regierungsanspruch der PAIGC einer größeren Bereitschaft zur Zusammenarbeit aller politischen Kräfte weicht.

Denn es fehlt nicht an fähigen und erneuerungswilligen Leuten. Angesichts der allgemeinen Stagnation des öffentlichen Bereichs hatten sich viele junge, dynamische Führungskräfte in Nicht-regierungsorganisationen zurückgezogen oder versuchen sich als Privatunternehmer. Obwohl diese keinen Ersatz für Regierungspolitik darstellen können und es nicht an kritischen Stimmen zu ihrer gesellschaftlichen Rolle in Guinea-Bissau fehlt³³, sind sie die einzigen gesellschaftlichen Kräfte, die für sich in Anspruch nehmen können, Arbeit "des Volks, durch das Volk und für das Volk" zu leisten, also demokratisch zu sein. Einige NRO sind in weiten Teilen des Landes gesellschaftlich verankert und in konkreter Arbeit präsent und erfolgreich.

³³ S. Fafali Koudawo, Sociedade civil e transição pluralista na Guiné-Bissau, in: Koudawo u. Mendy 1996: 67-120.

Für die staatliche und gesellschaftliche Kohäsion des Vielvölkerstaats Guinea-Bissau scheint es dringend erforderlich, die vom alten Regime verspielte politische Legitimation wiederzugewinnen. Das Projekt der Regionalisierung und der Gemeindewahlen, das bisher nicht über Lippenbekenntnisse hinausging, könnte eine Form sein, die nur wenig in den Staat und die nationale Gesellschaft integrierten Ethnien der Fula, Mandinga und Bijagós, aber auch die Balantas, und die hauptsächlich von ihnen bewohnten Landesteile für den Staat zurückzugewinnen. Hierbei handelt es sich nicht nur und vielleicht nicht an erster Stelle um ein politisch-formales Vorhaben (Wahlen und Errichtung dezentraler politischer und Verwaltungsstrukturen), sondern um die tatsächliche Partizipation dieser bisher vernachlässigten Bevölkerungsteile an konkreten Leistungen des Staates und der Gesellschaft, vor allem im Bereich des Gesundheits- und Erziehungswesens und im öffentlichen Werte- und Symbolsystem. Hierbei kommen der "zivilen Gesellschaft" und den Nichtregierungsorganisationen besonders wichtige Funktionen zu.

Daß es im Land keine größeren religiösen oder ethnischen Probleme gibt, stellt ein Potential und ungewöhnlich günstige Ausgangsbedingungen für den Einbezug breiter Bevölkerungsteile in Entwicklungsbemühungen dar. Obwohl eine Ethnisierung von Dauerkonflikten durchaus auch in Guinea-Bissau eine Gefahr bedeuten könnte, ist es erstaunlich, daß die bisherigen Selbstverständlichkeiten über die Grenzen von Ethnien und Religionen hinaus nicht in Frage gestellt werden. Der Krieg bringt jedoch auf der anderen Seite viele Waffen ins Land, läßt die Sitten verrohen und junge Leute Gefallen an Raub und Plünderungen finden. Während bisher im wesentlichen nur die Kriegsveteranen und Politiker ihre Waffen zu Hause hatten, richten sich heute - wie berichtet wird - immer mehr Leute auf härtere Zeiten ein.

Der nunmehr seit fünf Monaten herrschende Kriegszustand hat, darüber sind sich alle Analysen und Kommentare einige, einen größeren Einschnitt in die Geschichte des Landes als der Unabhängigkeitskrieg bewirkt.

Literatur

- Achinger, Gertrud, Conflitos centrais na sociedade guineense e os problemas da democratização, in: Carlos Cardoso u. Johannes Augel (Hg.), Guiné-Bissau. Vinte anos de independência. Desenvolvimento e democracia. Balanço e perspectivas, Bissau: INEP, 1996, S. 375-389
- Anuário da Guiné Portuguesa, 1946, gedruckt Lissabon o. J.
- Augel, Johannes, A ignorância dos "experts", in: Banobero, Bissau, Nr. 20, 17.4.1997, S. 6-7
- Augel, Johannes e Carlos Cardoso, Transição democrática na Guiné-Bissau e outros ensaios, Bissau: Instituto Nacional de Estudos e Pesquisa (INEP), 1996
- Baland, Jean-Marie und Jean-Philippe Platteau, Halting degradation of natural resources. Is there a role for rural communities? Rome: FAO and Oxford: Clarendon Press, 1996
- Cabral, Amílcar, A arma da teoria. Unidade e luta, 1974, 2. Aufl. Lissabon: Seara Nova, 1978 (Obras escolhidas de Amílcar Cabral, hg. v. Mário de Andrade, Bd. I) (Eine sehr ausführliche Bibliographie der Veröffentlichungen von und über A. Cabral findet sich bei Luciano Caetano da Rosa, Beihefte zu Lusorama, 3. Reihe, 5. Bd., Frankfurt/M: TFM, 1993)
- Cardoso, Carlos e Johannes Augel (Hg.), Guiné-Bissau - Vinte anos de independência. Desenvolvimento e Democracia - Balanço e Perspectivas. Actas do colóquio internacional realizado em Bissau, 23 a 26 de Novembro de 1993, 1996
- Censo 1950: Província da Guiné, Censo da população de 1950, vol. II: População não civilizada, Lisboa: Tipografia Portuguesa, o.J.
- Fernandes, Raul Mendes, Partido único e poderes tradicionais, in: Soronda. Revista de Estudos Guineenses, Heft 16, 1993, S. 39-50
- Jao, Mamadú, A questão da etnicidade e a origem étnica dos Mancanhas, in: Soronda. Revista de Estudos Guineenses, Heft 20, 1995, S. 19-31
- Koudawo, Fafali u. Peter Karibe Mendy (Hg.), Pluralismo político na Guiné-Bissau. Uma transição em curso, Bissau: INEP, 1996
- Lei da Terra 1998: República da Guiné-Bissau. Assembleia Nacional Popular. Comissão Técnica da Lei da Terra (Hg.), Projecto da Lei da Terra, Versão revista, Fev. 1998

- Le Roy, Étienne, Alain Karsenty u. Alain Bertrand, La sécurisation foncière en Afrique. Pour une gestion viable des ressources renouvelables, Paris: Karthala, 1996
- Lopes, Carlos, A historicidade da construção nacional na Guiné-Bissau, in: INEP/CODESRIA/UNITAR (Hg.), A construção da nação em África. Os exemplos de Angola, Cabo Verde, Guiné-Bissau, Moçambique e S. Tomé e Príncipe, Bissau: INEP, 1989, S. 243-266
- Mendy, Peter Karibe, Colonialismo português em África: A tradição de resistência na Guiné-Bissau (1879-1959), Bissau: INEP, 1994
- Monteiro, João José, O ensino guineense - a democratização ameaçada, in: Johannes Augel und Carlos Cardoso, Transição democrática na Guiné-Bissau e outros ensaios, Bissau: Instituto Nacional de Estudos e Pesquisa (INEP), 1996, S. 105-121
- Mota, Avelino Teixeira da, Inquérito etnográfico, organizado pelo governo da Colónia no ano de 1946, Bissau, 1947 (Publicação comemorativa do V centenário da descoberta da Guiné)
- Ribeiro 1989: Carlos Rui Ribeiro, A historicidade da construção nacional na Guiné-Bissau, in: INEP/CODESRIA/UNITAR (Hg.), A construção da nação em África. Os exemplos de Angola, Cabo Verde, Guiné-Bissau, Moçambique e S. Tomé e Príncipe, Bissau: INEP, 1989, S. 219-242
- Ribeiro, Carlos Rui, Os crioulos, as leis e a participação comunitária, Ms., Bissau, 1994
- Schlee, Günther u. Karin Werner, Inklusion und Exklusion: Die Dynamik von Grenzziehungen im Spannungsfeld von Markt, Staat und Ethnizität, in: dies. (Hg.), Inklusion und Exklusion, Köln: R. Köppe, 1996, S. 9-36
- Stamm, Volker, Zur Dynamik der westafrikanischen Bodenverfassung. Eine ökonomische Analyse am Beispiel Burkina Faso, Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, 1996
- Weltbank 1992: Weltbank (Hg.), Weltentwicklungsbericht 1992, Washington, D.C.